Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang · Donnerstag, 30. Dezember 1920 · Nummer 556 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2039, 2045, 4516, 4603, 4635, 4640, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gemeinsame Kämpfe und gemeinsame Arbeit

Von Georg Ledebour

Die proletarische Emanzipationsbewegung ist in Deutschland zurzeit einmal wieder der Verflauung verfallen. Während die reaktionären Umtriebe andauernd anschwellen und die schwache Regierung immer mehr in ihren Dienst zu zwingen wissen, wird das sozialistische Parteiwesen durch innere Kämpfe in stärkerem Maße als je für alle Abwehrkämpfe gegen die Reaktion gelähmt.

Die Vertreter der Moskauer Internationale in Deutschland haben sich allerdings eingebildet, durch die Abreißung großer Teile der Unabhängigen Sozialdemokratie eine starke revolutionäre Organisation schaffen zu können, der es ein leichtes sein würde, die kapitalistische Klassenherrschaft zu zertrümmern, um an ihrer Stelle zunächst die proletarische Diktatur zu errichten. Es hat sich aber jetzt schon herausgestellt, daß nur schwache Minderheiten des klassenbewußten Proletariats in Deutschland eine solche Politik der Selbstentäußerung und der Unterwerfung unter militaristisch organisierte Autoritäten in Moskau mitmachen wollen. Und nun steht die kapitalistische Klasse vergnügt vor dem für sie höchst erbaulichen Schauspiel, daß die kommunistischen Minderheiten, um die Existenzberechtigung ihrer Partei zu erweisen, mit den verleumderischen und terroristischen Kampfmitteln reaktionärer Parteien ihre eigenen bisherigen Genossen in dem revolutionären Emanzipationskampf des Proletariats auf Tod und Leben befehden.

Durch die unvermeidliche Abwehr gegen diese kommunistischen Vorstöße wird natürlich auch unsere Partei gehindert, ihre volle Kraft einzusetzen für die Verfolgung ihrer Lebensaufgabe, die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung durch die sozialistische zu ersetzen; ganz abgesehen davon, daß halbierte Heerhaufen an sich kaum noch halbierte Aktionskraft entfalten können.

Die Selbstzerfleischung des revolutionären Sozialismus hat nun aber nicht nur dem kapitalistischen Interessenklüngel die Hoffnung auf dauernde Befestigung seiner Macht neu erweckt, auch die Rechtssozialisten machen sich die Zersplitterung unserer Partei zunutze, um das klassenbewußte Proletariat für ihre Politik der Zugeständnisse an die kapitalistische Ordnung und des Bündnisses mit den bürgerlichen Parteien wiederzugewinnen.

Was ist in dieser Situation die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratie? Wir sind uns vollkommen bewußt, daß wir unter diesen bedauerlichen Verhältnissen mit den uns allein zur Verfügung stehenden Kräften ernstliche Aktionen zur Erschütterung oder gar zum Sturz der wiedererrichteten Zwingburgen des Kapitalismus nichts unternehmen können, ebensowenig wie die Rechtssozialisten oder die Kommunisten andererseits. Eine wirkungskräftige Machtbetätigung im proletarischen Klassenkampf bedarf auch heutzutage, wenn nicht des gesamten Proletariats, so doch der überwiegenden Mehrheit seiner bereits mit Klassenbewußtsein erfüllten Teile.

Erst das praktisch für große Aufgaben geeinte Proletariat kann sein Ziel erreichen, es darf aber selbst in den Teilkämpfen, die der Tag erzwingt, nicht der Zersplitterung verfallen, wenn es nicht schweren Niederlagen ausgesetzt werden soll. Aber warten mit den Aktionen, bis der Wiederzusammenschluß der proletarischen Bewegung auf programmatischer Grundlage erfolgt ist, wäre ganz unmöglich. Das hieße, die Hände in den Schoß legen und der kapitalistischen Reaktion das Feld überlassen. Läßt sich das Proletariat noch nicht dauernd für den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind organisieren, es muß wenigstens der Versuch gemacht werden, für Einzelaufgaben eine geschlossene Front zu bilden.

Diese Pflicht hat die Unabhängige Sozialdemokratie schon vordem erkannt und wiederholt bestätigt, so bei der Abwehr gegen den Kapp-Putsch, so bei der Verhinderung der ententistischen Truppen- und Munitionstransporte durch Deutschland zur Bekämpfung der russischen Sowjetregierung. Die Zersplitterung des Proletariats verhinderte auch damals die volle Auswirkung der angestrebten Gesamtaktionen. Immerhin wurde etwas erreicht, und die Vorgänge selbst öffneten den weiterblickenden Klassenkämpfern die Augen dafür, was hätte erreicht werden können, wenn das Proletariat geschlossen seine Macht für das gemeinsame Ziel eingesetzt hätte.

Nach diesen Richtlinien gilt es weiter zu arbeiten. So oft auch der Faden abgerissen ist, er muß von neuem wieder angesponnen werden. Selbst die Verdächtigungen und Befehdungen, mit denen wir gewohnheitsmäßig nach jeder solchen Aktion behelligt werden, dürfen uns nicht abschrecken. Gerade die Unabhängige Sozialdemokratie, die die ganze Kriegs- und Revolutionszeit hindurch die Grundsätze des proletarischen Emanzipationskampfes betätigt hat, ohne in opportunistische Augenblicksbündnisse mit kapitalistischen Parteien zu entgleisen, oder durch fortlaufend inszenierte Putschistereien die klassenbewußten Proletarier zu entmutigen und zu demoralisieren, ist die gegebene Vorkämpferin für solche sozialistische Einheitsaktionen.

Da ist denn unsere nächste Pflicht die gründliche und sorgfältige Vorbereitung der Abwehraktionen gegen reaktionäre Putsche. Sollten die Orgeschleute und ihre Hintermänner in den verschiedenen staatlichen Machtpositionen eine vervollkommnete Kappisterei versuchen, um das alte Unterdrückungssystem aus der Vorkriegszeit in vollem Umfange wiederherzustellen, so muß das sofort eine umfassende Gegenaktion des Proletariats auslösen, die natürlich nicht bei der erreichten Abwehr haltmachen darf, sondern so gründliche Arbeit zu schaffen hat, daß die Reaktion in Deutschland nicht wieder ihr Haupt erheben kann. Die Viertelrevolution vom November 1918 muß dann zu einer ganzen Revolution gemacht werden.

Aber über Abwehrmaßregeln hinaus sind die proletarischen Kräfte auch jetzt schon zusammenzufassen, um die Umgestaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen im sozialistischen Sinne zu erzwingen. Das proletarische Gesamtinteresse bedingt, daß die Gestaltung unserer Beziehungen zum Auslande der Förderung des Weltfriedens dient. Den Ententemächten gegenüber ist darauf hinzuwirken, daß die Politik des Deutschen Reiches den Arbeitermassen der Ententeländer Vertrauen einflößt, damit wir die Sicherheit gewinnen, daß alle imperialistischen Angriffsgelüste der dortigen Machthaber gegen uns an dem entschlossenen Widerstande des englischen, französischen, italienischen und amerikanischen Proletariats scheitern werden. Nicht minder drängt das gemeinsame Interesse des deutschen Proletariats zur Wiederanknüpfung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland. Hand in Hand damit muß im Einvernehmen mit dem Proletariat der Westländer die internationale Abwehraktion gegen alle auf die Schädigung Sowjetrußlands abzielenden Vorstöße der Ententemächte erstrebt werden.

Was die positive Neugestaltung unserer eigenen Landesverhältnisse anbetrifft, so kommt für das sozialistische Proletariat naturgemäß hauptsächlich die Sozialisierung des Wirtschaftslebens in Betracht, und da wir nicht in der Lage sind, mit einem Schlage dieses wünschenswerte Ziel zu erreichen, müssen wir schrittweise vorgehen. Da drängt sich aus oft genug in letzter Zeit erörterten Gründen als nächste Aufgabe die Sozialisierung des Kohlenbergbaues auf. Auch sie bedarf der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. Leider hat sich die Kommunistische Partei infolge einer unverständlichen Feindseligkeit gegen die Sozialisierung einzelner Produktionszweige solchen gemeinsamen Aktionen durch die offene Bekämpfung der Forderung, den Kohlenbergbau zu sozialisieren, entzogen. Das darf uns natürlich nicht abhalten, solche gemeinsame

Der Kongreß von Tours

Gegen das Werk der Zerstörung

(Von unserem Sonderkorrespondenten)

W. Tours, 26. Dezember.

In der an beiden Ufern der Loire liegenden Vaterstadt des französischen Dichters Rabelais begann gestern der Parteitag der französischen sozialistischen Parteien. Anwesend sind über 300 Delegierte. Unter ihnen wiegen nicht nur Intellektuelle ganz entschieden vor, sondern man hat fast noch den Eindruck, als befände sich hier ein Kreis auserlesener Wissenschaftler beisammen. Und zwar ist dieser Gelehrtentypus nicht nur etwa eine Eigentümlichkeit der Renaudel-Gruppe, sondern er findet sich in hohem Maße auch bei den sich um Jean Longuet und Frossard kristallisierenden Kreisen. Gewiß wiegt er bei der Rechten und beim Zentrum — die Tendenzen sind auch hier deutlich nach außen geschieden — vor, aber in diesen Reihen finden wir auch all die alten Vorkämpfer der französischen Partei, während sich die Linke doch hauptsächlich aus den jüngeren zusammensetzt.

Das geistige Uebergewicht des Zentrums und der Rechten tritt auch schon sehr bald bei der Berichterstattung der einzelnen Departements in Erscheinung die an Stelle der Berichterstattung des Vorstandes und der parlamentarischen Gruppe gesetzt wird und als Einleitung der im Mittelpunkt des Kongresses stehenden Frage der Internationale gedacht ist. Das war ein sehr glücklicher Gedanke. Dadurch, daß jeweils ein Vertreter der Mehrheit und der Minderheit abwechseln, wird tatsächlich ein wertvoller Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Organisationen ermöglicht. Dazu trägt aber auch nicht zuletzt die angeborene Redebegabung der Franzosen bei, welche diese befähigt, schon in wenigen Strichen ein deutliches Bild zu entwerfen.

Je nach dem Departement sind natürlich auch die Mehrheiten verschieden gelagert. Dabei fällt auf, daß oft ausgesprochen bäuerliche Bezirke mit den Extremisten von Paris an Radikalismus wetteifern, während mittlere Industriebezirke wieder mit Mehrheit die Moskauer Bedingungen ablehnen. Bezeichnend sind in dieser Hinsicht die Ausführungen, welche ein Vertreter des Departements Saône et Loire machte. Dort hatten die ländlichen Gruppen ausnahmslos für die Resolution Cachin-Frossard gestimmt, während die Arbeiter wichtiger Industrieorte wie Creuzot den Anschluß an Moskau ablehnten. In diesem selben Departement war es auch, daß sämtliche in diesem Jahre neugegründeten Ortsgruppen samt und sonders für den bedingungslosen Anschluß an die dritte Internationale stimmten, was Renaudel den auch in der Mitte mit starkem Beifall aufgenommenen Zwischenruf entlockt: Das ist eben neuer Sozialismus.

Da oft von einem und demselben Bezirk die entgegengesetzten Bewertungen der Lage gegeben werden, so kommt es natürlich häufig zu erregten Zwischenfällen, die aber keineswegs in ein gegenseitiges Beschimpfen ausarten. Wiederholt wird auch von den Extremisten wiederholt, daß die abgegebenen Stimmen für die Resolution Cachin-Frossard durchaus nicht als Gradmesser der revolutionären Energie betrachtet werden dürfen. Die meisten der Befürworter verbanden damit in erster Linie nur eine Sympathieerklärung für die russische Revolution. Keinesfalls wolle man sich Moskau bedingungslos unterwerfen. Das tun nur die ganz Neuen in der Bewegung.

Die ernste Sorge um die Erhaltung der Parteieinheit bildet den immer wiederkehrenden Unterton der Reden aller Richtungen. Alle Extremisten verwahren sich aus diesem Grunde mit Entschiedenheit gegen den Ausschluß des Genossen Longuet, dessen unerschrockene Haltung im Kriege — im Gegensatz zu Cachin und Frossard — wiederholt Gegenstand von Ovationen und Dankesbezeugungen wird. Ob man aber auf eine Scheidelinie zur Renaudel-Gruppe hinüber verzichten will, das freilich scheint zu mindesten noch zweifelhaft zu sein. Nach seiner auf dem Kongreß der Seine-Föderation abgegebenen Erklärung verwirft zwar Frossard einen solchen Trennungsstrich, aber es sind schon manche Stimmen laut geworden, welche deutlich den Ausschluß von Renaudel und Genossen verlangen. Ob dies als Zeichen dafür gedeutet werden soll, daß die Politik der Cachin-Frossard diese selbst zu überschlagen droht, oder ob die von Frossard abgegebene Erklärung nur eine verlockend aufgerichtete Falle ist, darüber werden sich die entgegengesetzten Tendenzen wohl bald Klarheit zu verschaffen wissen. Einstweilen schaut Frossard von der Vorstandstribüne dem Redegeplänkel im Saale mit einem ewigen ironischen Lächeln zu, während sein Partner Cachin äußerlich teilnahmslos hinten in einer Ecke des kleinen Saales kauert.

Die gestrige Sitzung

Ueber die gestrige Sitzung liegt folgender Wolffbericht vor:

Der sozialistische Parteitag setzte die Erörterung über die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale fort. Lebas erklärte, er sehe in Lenins Werk wohl Zerstörung, aber keinen Wiederaufbau. Bevor von der Diktatur des Proletariats gesprochen werden dürfe, müsse das Proletariat erzogen werden. Kurz vor Beendigung der Vormittagssitzung traf ein Telegramm Klara Zetkins ein, das sich für die dritte Internationale aussprach.

In der Nachmittagssitzung erschien Klara Zetkin wider Erwarten, denn man vermutete, sie werde an der Grenze zurückgehalten, persönlich im Sitzungssaal. Sie erklärte, nachdem der Vorsitzende sie in einer Ansprache begrüßt hatte, in einer heftigen Rede, daß die französischen Sozialisten eine Trennung vornehmen müßten, trat für eine Revision des Vertrages von Versailles ein und empfahl eine geistige Union zwischen den deutschen und den französischen Arbeitern. Die Ausführungen der Rednerin wurden auf der Linken mit großem Beifall aufgenommen.

Als Klara Zetkin sich zurückzog, durfte niemand das Haus verlassen, und der Kongreß tagte eine halbe Stunde hinter geschlossenen Türen, um eine Denunziation zu verhüten.

Longuet hält seine Tagesordnung und die von ihm vertretene These aufrecht. Die russische Disziplin sei für die französischen Sozialisten nicht annehmbar. Die kommunistische Aktion in Europa hätte geringfügige Ergebnisse gehabt. Auf dem Balkan habe Moskau bei den immer noch der russischen Anziehungskraft unterworfenen slawischen Völkern wohl Anhänger gefunden, aber in der Schweiz seien jüngst die Leninschen Bedingungen zurückgewiesen worden. In Italien habe man nach dem ersten schönen Enthusiasmus den Kommunismus fahren lassen. In England und in den Vereinigten Staaten habe die bolschewistisch-kommunistische Propaganda die Labour Party nicht reizen können. Auf diese Länder könne man also keinen Einfluß mehr haben. Er warne daher die Freunde vor dem Anschluß und vor der Unterwerfung unter die Moskauer Internationale und hoffe, daß es nicht zu spät sein werde, um den Sozialismus zu retten.

Aktionen zunächst auch ohne die Kommunisten zu erstreben, in der sicheren Zuversicht, daß schließlich auch die kommunistischen Arbeiter in die Sozialisierungskämpfe mit hineingerissen werden.

Wenn die Kommunisten der Sozialisierung des Kohlenbergbaues als ihre eigene Forderung die Erweiterung und Vervollkommnung der Betriebskontrolle durch die Arbeiterschaft entgegenstellen, so ist diese Gegenüberstellung völlig widersinnig. Indem man das eine tut, braucht man das andere nicht zu lassen. Auch wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter die jetzt gesetzlich gewährleisteten Kontrollrechte in den Betrieben nach Möglichkeit ausnutzen und darüber hinaus suchen müssen, die Erweiterung dieser Rechte zu erzwingen. Wir setzen also der kommunistischen Parole „Betriebskontrolle an Stelle der Sozialisierung" die umfassende Parole „Betriebskontrolle und Sozialisierung" entgegen. Beides ergänzt und bedingt sich gegenseitig. Im vollen Umfange kann ja keine dieser Forderungen verwirklicht werden, solange noch der Kapitalismus unsere Wirtschaftsordnung beherrscht. Aber wie alle Wege nach Rom, führen auch diese Wege das kämpfende Proletariat seinem Ziel, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, näher. Die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratie wird es sein, auf allen diesen Wegen voranzuschreiten und die anders organisierten Proletarier anfeuernd und werbend als Kampfgenossen in gleichem Schritt und Tritt uns an die Seite zu bringen.

Das ist auch der einzig gangbare Weg, um die Einigung des klassenbewußten Proletariats herbeizuführen. Weder gegenseitige Befehdung noch Instanzenverhandlungen bringen uns diesem Ziel näher, sondern nur gemeinsame Kämpfe und gemeinsame Arbeit.

Ein Vorstoß der Reaktion

Aufhebung der Demobilmachungsvorschriften

Die Verordnung über Betriebsabbrüche und Betriebsstillegungen vom 8. November 1920, die wir in dem Artikel „Stillegung von Betrieben" in unserer Ausgabe vom 25. Dezember behandelt haben, haben die bürgerlichen Parteien zum Anlaß genommen, um im Reichstag einen Antrag zu stellen, der bezweckt, die Befugnis der Reichsregierung zum Erlaß von Demobilmachungsvorschriften und Verordnungen aufzuheben.

Die sogenannte Demobilmachungsgesetzgebung, die den obersten Reichsbehörden das Recht gibt — gemeinsam mit einem besonderen Ausschuß des Reichstags —, durch Verordnungen regelnd in das Wirtschaftsleben und besonders in die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern einzugreifen, beruht vornehmlich auf zwei Verordnungen des Rates der Volksbeauftragten vom 12. und 14. November 1918. Ein Teil der Demobilmachungsbestimmungen ist auch die Verordnung über den Achtstundentag und die Verordnung vom 23. Dezember 1918, die sich bisher als ein durchaus brauchbares Notgesetz zur vorläufigen Regelung des Tarifvertragsrechts, zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse erwiesen hat.

Dieses ganze Verordnungswesen war aus der Not des Zusammenbruchs geboren und hatte den Zweck, die arbeitenden Schichten des Volkes vor den schlimmsten Folgen dieses Zusammenbruches zu bewahren. Auch die Erwerbslosenfürsorge wurzelt in diesem Komplex von gesetzgeberischen Maßnahmen. Keine dieser Verordnungen kann allerdings von dauerndem Bestand sein. Es ist notwendig, und das war auch in Aussicht genommen, jede Einzelmaterie durch ein besonderes Gesetz zu regeln und das gesamte Gebiet dieser in die Sozialpolitik fallenden Anordnungen und Vorschriften übersichtlicher zu gestalten. Eine Flut von sozialpolitischen Gesetzen befindet sich deswegen in Vorbereitung. Keines dieser Gesetze aber ist noch fertiggestellt, bis auf das Betriebsrätegesetz, das heute an die Stelle der Anordnungen über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vom 23. Dezember 1918 getreten ist.

Dagegen ist die gesamte Arbeiterbewegung, vor allem ihr gewerkschaftlicher Teil, aber auch die Betriebsräte, darauf eingerichtet, mit allen diesen Verordnungen zu arbeiten. Sie haben besonders der Gewerkschaftsbewegung ein neues Tätigkeitsfeld eröffnet, sie haben ein Tarifvertragsrecht begründet, das zwar noch der wünschenswerten juristischen und sozialpolitischen Durchsichtigkeit ermangelt, aber in der Praxis dennoch zu wertvollen, besonders für den Schutz organisatorisch schwacher Arbeiterschichten unentbehrlichen Ergebnissen geführt hat. Dieses Tarifvertragsrecht ist durch Gesetz auszubauen, die Erwerbslosenfürsorge ist durch eine Arbeitslosenversicherung zu ersetzen und ein Gesetz über Arbeitsgerichte ist in Vorbereitung, wie wir erst gestern melden konnten.

Alle diese neuen Gesetze und manches andere, das in dieses Gebiet fällt, können in ihren Wirkungen nur anknüpfen an die genannten Verordnungen der Demobilmachungszeit, und diese Demobilmachungszeit kann erst als abgeschlossen gelten, wenn die in dieser Periode entstandenen Neuerungen der sozialpolitischen Gesetzgebung die festere Gestalt von Reichsgesetzen angenommen haben. Erst dann ist auch dieses Verordnungswesen aufzuheben und erst dann kann die Befugnis der Reichsregierung, weitere Erlasse auf Grund von Demobilmachungsvorschriften und Verordnungen herauszugeben, als gegenstandslos gelten. Geschieht diese Aufhebung schon jetzt, so entsteht eine Lücke, die für die Gewerkschaftsbewegung, die daran gewöhnt ist, mit diesen Verordnungen zu arbeiten, außerordentlich gefährlich und verlustreich werden muß.

Die Verordnungen sind keineswegs makellos, wenn man sie vom Standpunkt des Arbeiters und Angestellten betrachtet, und ihre Anwendung geschieht durchaus nicht immer zugunsten des sogenannten Arbeitnehmers. Aber dennoch sind sie im gegenwärtigen Augenblick absolut unentbehrlich. Die Arbeiterschaft wird durch die Aufbietung ihres politischen Einflusses dafür zu sorgen haben, daß die Verordnungen, wenn sie in Gesetzesform wiederkehren, besser durchgearbeitet und günstiger für die Arbeiter und Angestellten gestaltet werden. Darum hat die Arbeiterschaft in jedem Einzelfalle ihren Kampf zu führen, wie sie ihren Kampf um das Betriebsrätegesetz geführt hat. Jetzt aber hat sie sich zunächst mit aller Schärfe gegen diesen Antrag der bürgerlichen Parteien zu wenden, dessen Annahme zur Folge haben kann, daß das ganze lockere Gebäude dieses Verordnungswesens entweder zusammenbricht oder in schneller Folge abgetragen wird, so daß jene gefährliche Lücke entsteht, von der wir oben sprachen. Die Gewerkschaftsbewegung hat diesen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und sie muß sofort Maßnahmen treffen, um diesen Streich der bürgerlichen Parteien, denen selbst dieser bescheidene Schutz der arbeitenden Schichten unbequem ist, abzuwenden. Sie trägt die Verantwortung, wenn der Vorstoß der Reaktion Erfolg hat, und sie muß sich klar darüber sein, daß bei der Regierung selber kaum ein ernsthafter Widerstand gegen diesen Antrag zu erwarten ist, denn dieser Regierung ist an der Erhaltung solcher Befugnisse nichts gelegen.

„Kampf gegen Spartakus"

Eine gar nicht merkwürdige Veranstaltung

Zu Wilhelms Zeiten pflegte man in den Offizierskasinos Kriegsspiele zu veranstalten, die die Einleitung zu ausgedehnten Saufgelagen bildeten. Heute, in der „demokratischen" Republik, die kein Kriegsher mehr halten darf, um so eifriger aber den Kampf gegen den „inneren Feind" pflegt, führt man solche Kriegsspiele nicht mehr unter den Zechkumpanen auf, sondern bedroht damit die friedliche Bevölkerung. Das „Mitteilungsblatt für Neu-Ruppin und Umgegend" berichtete am 11. Dezember folgendes:

„Unglücksfall. Das hiesige Reichswehrregiment hielt gestern bei Wustrau eine Gefechtsübung ab. Die Pferde von zwei auf der Landstraße daherkommenden Wagen scheuten und gingen durch. Der Kutscher des ersten Wagens wurde dabei zur Seite geschleudert und von dem nachfolgenden Wagen überfahren, dessen Räder ihm über den Kopf gingen, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte."

Am 16. Dezember teilte das Blatt zur „Aufklärung" folgendes mit:

„Nicht eine militärische Uebung, sondern einen markierten „Kampf gegen Spartakus" hatte der Regimentskommandeur als Abschiedsfeier für den Herrn Grafen arrangiert. Sogar aus dem Schulhaus wurde mit Maschinengewehren geschossen, um den Kindern eine Freude zu bereiten. Der durch diese Spielerei getötete Kutscher ist der siebzehnjährige Albert Schulz. Interessant ist noch die Erklärung des Regimentskommandeurs, daß der Vorfall nicht weitergemeldet werden brauche, da die Uebung höheren Ortes (?) befohlen worden sei."

Wie das „Berliner Tageblatt" dazu erfährt, hat diese Abschiedsfeier dem Grafen von Ziethen-Schwerin gegolten. Das Blatt meint, daß das Reichswehrministerium alle Veranlassung habe, die merkwürdige Veranstaltung und das noch merkwürdigere Verhalten des Regimentskommandeurs einer Untersuchung zu unterziehen.

Wir finden weder die Uebung, noch das Verhalten des Regimentskommandeurs merkwürdig. Und ebensowenig wird Herr Geßler, der Parteifreund des „Berliner Tageblattes", sich veranlaßt fühlen, etwas Besonderes in dieser Sache zu unternehmen. Die Militärs der Reichswehr fühlen sich als die Träger der militärischen Tradition der Wilhelminer. Nur nicht ihre Ueberflüssigkeit allzu offenbar werden zu lassen, erfinden sie Spitzelmärchen über Rote Armeen und ordnen in ihren Stundenplan Kämpfe „gegen Spartakus" ein. Daß dabei auch harmlose Staatsbürger ins bessere Jenseits befördert werden, ist eine nicht zu vermeidende Nebenerscheinung.

Es kommt nicht darauf an, daß gelegentlich gegen ein „merkwürdiges" Verhalten etwas unternommen wird, sondern daß die Reichswehr, diese Stütze der Reaktion und der Gegenrevolution, diese kostspielige und schädliche Versorgungsanstalt für die Herren Militärs, überhaupt beseitigt wird. Davon wollen aber die Demokraten nichts wissen, sie sind im Gegenteil eben dabei, den wahnsinnigen Milliardenetat für die Reichswehr zu bewilligen.

Eine Absage an das Stinnesorgan

Im Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung war kürzlich beschlossen worden, durch die Landesversammlung die Regierung zu ersuchen, von dem Vertrag mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zurückzutreten. Der preußische Ministerpräsident Braun gibt nunmehr bekannt, daß der Beschluß des Hauptausschusses wegen eines Aufsatzes „Bürgertum und Wahlen" in Nummer 625 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" sofort ausgeführt werden soll. In diesem Artikel wurde das gesamte Bürgertum zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgefordert. Dadurch sei, so erklärt der Ministerpräsident, in gröblichster Weise die Grundlage des Vertrages verletzt worden, die in der Forderung einer geschickten und würdigen Vertretung der Politik der Staatsregierung bestehe. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Absicht des Aufsatzes darauf ausgehe, die gegenwärtige Staatsregierung, in der die sozialdemokratische Partei vertreten ist, anzugreifen und herabzusetzen. Der Artikel stelle keinen Einzelfall dar, sondern sei nur ein allerdings krasses Beispiel für die Tätigkeit der Stinnes-Gruppe in der finanziell von ihr abhängigen „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Aus diesem Grunde sei es gerechtfertigt, von den im § 11 des Vertrages vorgesehenen Vorhaltungen abzusehen und zur sofortigen Vertragskündigung zu schreiten, da der Verlag das Vertrauen der Staatsregierung verwirkt habe.

Die preußische Regierung ist zwar spät dazu gekommen, ihr Verhältnis zu dem Stinnesorgan zu lösen, aber schließlich hat sie es doch getan. Bei dieser Gelegenheit darf man die Anfrage an die Reichsregierung richten, wann sie endlich ihr Verhältnis zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung" lösen wolle. Seit Monaten schon ist es bekannt, daß das Blatt von Herrn Stinnes ausgehalten wird, die Reichsregierung versorgt es aber trotzdem nach wie vor mit ihren offiziösen Nachrichten. Vielleicht glaubt sie, wenn schon eine Regierungspartei Stinneshörig sei, so könne es nichts schaden, wenn die ganze Regierung an dieser Hörigkeit teilnimmt.

Regierung und Zechenmagnaten

Nach einer offiziellen Meldung wurde in einer Sitzung des großen Ausschusses des Reichskohlenrats und des Reichskohlenverbandes gegen den teilweisen Widerspruch der Regierung die seit einiger Zeit wiederholt beantragte Preiserhöhung für Kohle beschlossen. Staatssekretär Prof. Hirsch erklärte daraufhin, daß die Stellungnahme der Reichsregierung im Grundsatz unverändert sei. Es werde nicht verkannt, daß die Gesamtrentabilität des Bergbaues nicht allgemein günstig sei, doch lasse die allgemeine Wirtschaftslage eine allgemeine Kohlenpreiserhöhung als dringlich nicht erscheinen. Eine Aenderung der Preispolitik sei aber auch deshalb nicht zweckmäßig, weil die gesamte Weltmarktlage durch Absatzstockung beeinträchtigt sei. Die in Brüssel geführten Verhandlungen könnten Aenderungen der gesamten Wirtschaftslage herbeiführen, insbesondere vielleicht die Folge haben, daß auch Deutschland an dem Preisabbau in der ganzen Welt teilnehmen werde. Auch aus diesem Grunde erscheine der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet, die Kohlenpreise zu verändern. Wenn trotzdem für einige der Nebenreviere Preiserhöhungen nicht beanstandet würden, so bedeute das keine Durchbrechung der allgemeinen Preispolitik der Regierung. Hier handele es sich um Ausgleichungen, die aus örtlichen Gründen notwendig geworden seien. Demzufolge beanstandete die Regierung die Preiserhöhungsbeschlüsse für Rheinland-Westfalen, Niedersachsen, Mitteldeutschland und Ostelbien, hingegen erfolgte eine Beanstandung nicht, oder nur teilweise für die sächsischen Steinkohlenreviere und für Braunkohle aus den Revieren Frankfurt a. Oder, Görlitz, Kassel, für bayrische Fettkohle und für rheinische Braunkohlenbriketts.

Diese Meldung entlarvt aufs neue die von der Koalitionsregierung im März 1919 zur Beruhigung der Arbeiter verbreitete Lüge, daß die Sozialisierung des Bergbaues „marschiere". In Wirklichkeit sind nach wie vor die Zechenmagnaten die Beherrscher der Erdschätze geblieben, sie bestimmen die Produktion, sie regeln die Preise nach ihren Bedürfnissen. Und so wachsen die Gewinne des Kohlenkapitals immer weiter, während die werktätige Bevölkerung zum dauernd sich steigernden Elend verurteilt bleiben soll. Demgegenüber muß die gesamte Arbeiterschaft erkennen, daß der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues mit aller Schärfe durchgeführt werden muß. Wer jetzt noch beiseite stehen will, der begeht Verrat an der Arbeiterklasse!

Die Ruhrbergarbeiter gegen Bayern

TU. Hamburg, 29. Dezember.

Das „Hamburger Fremdenblatt" meldet aus Berlin: Aus dem Ruhrrevier ist heute in Berlin eine Abordnung von Bergarbeitern eingetroffen, um in der Reichskanzlei die Forderung nach der raschen Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren zu stellen, weil sie nicht weiter der Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebietes ausgesetzt sein wollen. Die Forderung soll auch mit dem Verlangen begründet werden, daß bei einer weiteren ablehnenden Haltung Bayerns die Lieferung von Ruhrkohlen dorthin eingestellt werden soll.

Die Eisenbahner bei Minister Gröner

Am Mittwoch nachmittag empfing der Reichsverkehrsminister die Sechzehnerkommission der Eisenbahnerorganisationen zu einer mehrstündigen grundsätzlichen Aussprache über die von ihnen vertretenen Forderungen. Der Minister und sein Staatssekretär berichteten über die Verhandlungen der Staatssekretäre vom 28. Dezember. Deren Ergebnis wird den Inhalt von Beratungen bilden, die am 3. Januar im Reichsfinanzministerium beginnen.

Auseinandersetzung in Halle

Der Kampf um das „Hallische Volksblatt" hat mit einem Vergleich zwischen den drei beteiligten Parteien, den Rechtssozialisten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten geendet. Es wird keine Zeitung mehr den Namen „Volksblatt" führen. Jede der drei Parteien gibt künftig eine eigene, einmal täglich erscheinende Zeitung heraus, die Unabhängige Sozialdemokratie die „Hallische Volkszeitung", die Rechtssozialisten die „Hallische Volksstimme", die Kommunisten den „Klassenkampf". Das vorhandene Vermögen wird zu gleichen Teilen aufgeteilt. Die Kommunisten begleiten diesen Ausgleich mit einer Schimpfkanonade. Man kann ihre Wut begreifen, denn sie hatten sich schon ganz sicher im Besitz des der Unabhängigen Sozialdemokratie gehörigen Blattes geglaubt. Sie können aber mit diesem Ausgang der Auseinandersetzung sehr zufrieden sein, denn die Gerichte hätten ihnen ohne Zweifel den ganzen Raub wieder abgenommen.

Zeligowski und Balachowitsch

Zwischen Polen und Rußland herrscht ein lebhafter Notenwechsel über die Rigaer Verhandlungen. Scheint eine Komplikation beseitigt, taucht eine andere auf, sodaß der endgültige Abschluß der Friedensverhandlungen immer weiter hinausgeschoben wird. Bekanntlich hatte die Sowjet-Regierung ernstliche Vorstellungen bei der polnischen Delegation erhoben darüber, daß Teile der Banden Balachowitschs sich unter dem Schutz des Generals Zeligowski gesammelt hätten. Demgegenüber heißt es in einer Note der polnischen Delegation an Joffe:

Die zwischen Sowjet-Rußland und dem von Zeligowski besetzten Gebiet stehenden regulären polnischen Truppen genügen zur Abwehr jedes Einfalls, von welcher Seite er auch komme. Es ist der polnischen Regierung genau bekannt, daß keine Balachowitsch-Formation unter Zeligowski steht und daß Zeligowski selbst seine Streitkräfte auf Anordnung der Kontrollkommission des Völkerbundes demobilisiert.

Fiume erobert

Rom, 29. Dezember.

Nach einer der „Agence Havas" aus Rom zugegangenen Meldung ist General Caviglia in Fiume eingedrungen, nachdem er den Hafen besetzt hatte. Auf beiden Seiten soll es einige Verletzte gegeben haben. Die weitaus überwiegende Masse der Bevölkerung in Rom zeigt große Gleichgültigkeit gegenüber den nationalistischen Versuchen, Straßenumzüge zu veranstalten.

Wie der „Idea Nazionale" aus Triest gemeldet wird, lauten die von dem Fiumer Syndikus vorgeschlagenen Waffenstillstandsbedingungen: Zurückziehung der regulären Truppen jenseits der alten Grenze der Regentschaft, dagegen Zugeständnisse der Regentschaft, Arbe und Veglia zu räumen und die regulären Schiffe entwaffnet zurückzugeben. Die italienische Regierung soll sich um die militärische Organisation der Regentschaft nicht kümmern und die Anwesenheit der Legionäre auf dem Gebiet des sogenannten corpus separatum einschließlich des Deltas und Hafens von Barros gestatten. Endlich soll eine Fiumer Delegation zu der Kommission zugelassen werden, die die Lösung der Frage des Hafens von Barros behandelt.

Aus Volosca wird der „Idea Nazionale" gemeldet, daß sich die Zahl der bei dem Sturm auf Fiume getöteten regulären Soldaten auf etwa 400 beläuft. Die Zahl der Verwundeten sei so groß, daß sie in Eisenbahnwagen fortgeschafft werden mußten. Auch Zivilisten und Frauen hätten an der Verteidigung Fiumes teilgenommen.

Stadtverordnetenwahlen in Schweden

Nach einer Meldung aus Stockholm hat sich bei den Stadtverordnetenwahlen in den schwedischen Städten ebenso wie bei den Reichstagswahlen im Herbst eine Verschiebung in der Mandatsstärke nach rechts, bei gleichzeitigem Stimmenrückgang für alle Parteien gezeigt. Der Rückgang war am stärksten bei den Linkssozialisten, den schwedischen Kommunisten; er war bei den Liberalen und Rechtssozialisten stärker als bei der konservativen Partei.

Die kommunistisch orientierten Kreise verlieren also auch in Schweden immer mehr an Bedeutung, sie werden aber trotzdem behaupten, daß nur sie berufen seien, an der Spitze der Weltrevolution zu marschieren.

Zweieinhalb Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten. „Daily Telegraph" meldet aus New York, daß die Gewerkschaften die Anzahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf zweieinhalb Millionen schätzen. Die Zahl sei ständig im Wachsen begriffen.

Oelzweig und Schwert in Irland

Von unserem Londoner Korrespondenten.

K. London, Mitte Dezember 1920.

Der neue Kurs der Koalitions-Regierung in ihrer irischen Politik trägt den Charakter des Kompromisses, der allen Handlungen der Regierung Lloyd Georges anhaftet. Es ist eine Legierung der übelsten Elemente des sogenannten Liberalismus und des Konservativismus. Einerseits wurde, wenn auch in verklausulierter Form, beschlossen, mit Dail Eireann, dem Parlament der irischen Republik, zu verhandeln. Dies ist der Sinn des Regierungsangebots an die Mitglieder des House of Commons für Irland, zusammenzukommen unter zugesichertem freien Geleit, um eine Basis der Verhandlungen und des Friedensschlusses mit der britischen Regierung zu entwerfen. Andererseits jedoch wurde das Kriegsrecht im Südwesten von Irland proklamiert. Der erste Schritt wäre eine Gebärde des Entgegenkommens, die versöhnlich wirken könnte. Es wäre die Anerkennung der Tatsache, daß die Sinnfeiner keine „Mörderbande" sind, wie der beliebte Ausdruck lautet, sondern die Vertretung des irischen Volkes, mit der man wohl oder übel verhandeln muß, wenn man den Ausgleich will.

In der Tat wäre es irrig, den irischen Republikanismus, wie er in der Sinnfeiner-Bewegung zum Ausdruck kommt, als eine Parteisache zu betrachten. Kein anderer als Thomas Johnston, der Sekretär der irischen Arbeiterpartei und des irischen Gewerkschaftskongresses, betont, daß ungeachtet der deutlichen organisatorischen und politischen Trennung zwischen der Arbeiterbewegung und der Sinnfeiner-Partei, trotz der mitunter zutage tretenden Reibungen und Differenzen, „die Sinnfeiner heute in Wirklichkeit die irische Nation sind". Das Volk von Irland hat es vor allem auf konstitutionellem Wege zum Ausdruck gebracht. Bei den Parlamentswahlen im Jahre 1918 waren 70 Prozent der gewählten Abgeordneten Sinnfeiner. Bei den Gemeindewahlen im Januar 1920 waren 77 Prozent der Gewählten Republikaner, die Arbeitervertreter eingeschlossen. Bei den Grafschaftswahlen im Juni 1920 errangen in 33 Grafschaftsräten die Republikaner eine Mehrheit von 88 Prozent; in 206 ländlichen Bezirksräten sind 81 Prozent republikanisch; in den 153 Armenräten sitzen 84 Prozent Anhänger der selbständigen Republik. Es ist somit unbestreitbar, daß die große Mehrheit des irischen Volkes mit steigender Bestimmtheit, von Wahl zu Wahl ihre Entschlossenheit bekundete, für die Unabhängigkeit der irischen Republik einzutreten. Johnson schätzt, daß von den 275 000 Gewerkschaftern, die der irischen Arbeiterpartei angeschlossen sind, 80 Prozent sich für die Republik aussprechen würden, während 95 Prozent in der Forderung des vollen Selbstbestimmungsrechtes geeint sind.

Es entspricht dem Wirklichkeitssinne Lloyd Georges, daß er sich endlich entschlossen hat, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen und mit den Vertretern des irischen Volkes, die das Haus der Gemeinen boykottieren, in Verhandlungen einzutreten. Damit hat die Regierung einen Teil der Vorschläge der Untersuchungskommission der Arbeiterpartei angenommen, die Henderson vorige Woche dem Premier in aller Eile überbrachte. Aber die Regierung hat den zweiten Teil der Vorschläge verworfen. Sie weigert sich, die Truppen zurückzuziehen, und die Waffenruhe zu proklamieren, nach der sich das ganze Land sehnt. Sie lehnt die Amnestie für die angeklagten und eingekerkerten Sinnfeiner ab. Es ist klar, daß in diesem Punkte die konservativ-junkerliche Gruppe der Regierung den Sieg davongetragen hat, vor allem die militaristische Kaste, die im Schlosse von Dublin herrscht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Kreise eifrig bemüht waren, die Fäden zu zerreißen, die in den letzten Wochen hinter den Kulissen mit Wissen von Lloyd George zwischen der Regierung und den leitenden Persönlichkeiten der Sinnfeiner-Bewegung gesponnen wurden. Wochen hindurch wurde mit einem offiziösen Bevollmächtigten der Republikaner im Auswärtigen Amte verhandelt. Aber gerade, als die Besprechungen eine greifbarere Form angenommen hatten und man nahe daran war, mit Arthur Griffith, dem Vizepräsidenten der irischen Republik — der Präsident De Valera weilt in Amerika —, in Berührung zu kommen, wurde Griffith sowie eine Reihe anderer, gerade gemäßigter Führer der Republikaner auf das Geheiß von Lord French verhaftet. Man sei nirgends, so wird behauptet, peinlicher davon überrascht gewesen, als in London. Man sprach von einem Mißverständnis, das aber bis heute nicht aufgeklärt ist. Der Militarismus hat eben seine eigenen Gesetze. Wer sich ihm ergibt, kann nicht mehr zurück. Freilich ist nicht anzunehmen, daß die Vergeltungshelden in Dublin es gewagt hätten, die zunächst schüchternen Absichten der Regierung zu durchkreuzen, wenn sie sich nicht der Unterstützung eines einflußreichen Flügels im Schoße der Regierung selbst sicher fühlten.

So kam das Kompromiß zustande. Mit dem Oelzweig in einer Hand winkt man den Sinnfeinern einladend zu und spricht von Verhandlungen, während mit der anderen Hand das Schwert erbarmungslos geschwungen wird. Es ist kaum anzunehmen, daß es unter diesen Umständen zu Verhandlungen kommt. Henderson, der soeben die Verhältnisse an Ort und Stelle studierte, erklärte, daß der Friede auf diesem Wege nicht zu erreichen ist. Es ist der Fluch der Doppelzüngigkeit, der ein Jahrhundert hindurch das Verhältnis zwischen England und Irland vergiftete. Es ist derselbe Fehler, den Lloyd George im Kriege beging, als er einerseits Irland feierlich die Selbstverwaltung versprach und zugleich, dem Willen des irischen Volkes trotzend, die Dienstpflicht auf Irland ausdehnte. Soll es wirklich bloß ein Mangel an psychologischem Verständnis für die irischen Stimmungen sein? Die herrschenden Klassen Englands verstehen sonst sehr wohl den Wert von Imponderabilien. Es ist keine Frage der Psychologie. Es bleibt eine der Politik. Die englischen Junker, die die Regierung beherrschen, wollen keinen Frieden mit Irland. Nichts nährt so sehr den Militarismus wie Krieg und Bürgerkrieg. Nichts demoralisiert ein Volk mehr, als die Möglichkeit, ein anderes zu unterdrücken.

Irland ist ein prachtvoller Nährboden für preußisch-junkerliche und zaristische Methoden der Herrschaft. Als im vorigen Jahre ein britischer Offizier in Amritsar in Indien in eine tausendköpfige Versammlung 10 Minuten lang ohne Warnung mit Maschinengewehren hineinkartätschte, war ganz England erschüttert. Niemand glaubte, daß blutrünstige Gesinnung und militaristisches Verbrechertum dieser Art jemals die britischen Inseln beflecken konnte. Nun herrscht die nackte Gewalt einer militaristischen Diktatur und breitet das irische Land und ein Vergeltungssystem von Mord und Brandstiftung ist an den Toren Englands etabliert. Der Bann ist gebrochen. Nicht nur die dunkelhäutigen Kolonialuntertanen können ohne Gericht und Urteil niedergestreckt werden, auch freie britische Bürger verfallen dem gleichen Lose. So wird in Irland eine Soldateska und Polizei erzogen, die man auch in England gegen den „inneren Feind" wohl verwenden kann. Gestern waren es aufständische Republikaner, die englische Soldaten und Polizisten aus dem Hinterhalt niederknallten, heute sind es unbewaffnete Bürger, friedliche Dörfer und Städte, morgen können es arbeitslose oder streikende Arbeiter in England sein.

Die englischen Konservativen haben keine schlechten Erfahrungen mit dem Weltkriege gemacht. Die Reaktion ist in England, wie überall, gestärkt aus ihm hervorgegangen. Sie sorgen nun in Irland dafür, daß ihr Eisen nicht rostet. —

Geänderte Gemeindeeinkommensteuer

Keine rückwirkende Kraft. — Staffelung der steuerfreien Einkommen

Der Steuerausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat gestern (Mittwoch) die Beratung der ersten, der Gemeindeeinkommensteuer beendigt, nachdem der für diese Frage eingesetzte Unterausschuß die Vorlage behandelt hatte. Er wird in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung durch den Stadtv. Hirsch (Soz.) Bericht erstatten. Im Unterausschuß hatten sich zunächst die Vertreter aller Parteien gegen die vom Magistrat vorgeschlagene rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 ab ausgesprochen, und der Steuerausschuß schloß sich mit einer Mehrheit von 12 Stimmen diesem Beschluß an, indem er die Besteuerung des von der Reichseinkommensteuer freien Einkommenteils lediglich für das am 1. Januar 1921 beginnende Vierteljahr des Verwaltungsjahres 1920 festsetzte. Dabei war auch die Erwägung maßgebend, daß voraussichtlich das Einkommensteuergesetz des Reichs geändert werde. Stadtkämmerer Boeß äußerte seine lebhaftesten Bedenken gegen diesen Beschluß, wie gegen andere vom Unterausschuß vorgeschlagene Aenderungen, die den Ertrag und die Bedeutung der Steuer sehr erniedrigen würden.

Gegenüber den im Ausschuß gestellten Anträgen, die unteren Einkommensgrenzen, die der Magistrat auf 10 000 M. vorgeschlagen hatte, heraufzusetzen und für die verschiedenen Gruppen zu staffeln, führte der Kämmerer aus, daß dann von der Steuer nicht viel übrig bleibe. Nachdem im Ausschuß festgestellt worden war, daß die Begriffe „steuerbares" und „steuerpflichtiges" Einkommen dahin zu verstehen seien, daß unter „steuerbar" das Gesamteinkommen nach Abzug der gesetzlich zulässigen Abzüge, unter „steuerpflichtig" dieses steuerbare Einkommen nach Abzug des einkommensteuerfreien Teils begriffen wären, setzte der Ausschuß für den § 3 der Vorlage gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten, die um je 2000 M. höhere untere Einkommen beantragten, folgende Staffelung fest: Die Steuer wird nicht erhoben:

a) von Steuerpflichtigen, bei deren Veranlagung zur Reichseinkommensteuer ein steuerfreier Einkommenteil für nur eine Person (im Sinne des § 20 des Reichseinkommensteuergesetzes) berücksichtigt wird, wenn ihr steuerbares Einkommen 16 000 Mark nicht übersteigt;
b) für zwei Personen mit einem steuerbaren Einkommen bis 18 000 Mark;
c) für mehr als zwei, aber nicht mehr als vier Personen bis 22 000 Mark;
d) für mehr als vier Personen mit einem steuerbaren Einkommen bis 26 000 Mark.

Zu § 4 wurde im Ausschuß klargestellt, daß unter dem „Höchstsatz", zu dem die Gemeindeeinkommensteuer veranlagt wird, der jeweilige Höchstsatz für den einzelnen Steuerpflichtigen zu verstehen ist. Darauf wurde den übrigen Paragraphen der Steuerordnung zugestimmt und die ganze Vorlage in der Gesamtabstimmung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Erläuternd sei hinzugefügt, daß nach dem Gesetz außer der vom Ausschuß beschlossenen Staffelung der unteren Einkommensgrenzen höhere freie Einkommensteile als 1500 Mark nur zur Hälfte veranlagt werden.

Der Steuerausschuß nahm ferner als nächste zur Verhandlung kommende Steuervorlagen die Vorlagen über die Wohnungsluxussteuer, die Besteuerung der Hausangestellten und die Lustbarkeitssteuer in Aussicht, wobei mit Rücksicht auf die Einheitlichkeit der Verhandlungen und auf den Stadtkämmerer von der Einsetzung eines zweiten Steuerausschusses abgesehen werden soll.

*

Die Finanzen der Gemeinden sind überall trostlos. Das Reich hat die Steuerhoheit an sich gerissen und gewährt den Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer nur ganz unzulängliche Beträge. Die übrigen Steuerquellen, die den Gemeinden verblieben sind, fließen spärlich und decken auch nicht im entferntesten den ungeheuer gestiegenen Finanzbedarf. Ordnung aber muß in die Gemeindefinanzen gebracht werden, weil die Gemeinden sonst nicht zur Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf sozialem Gebiet, imstande sind. Dadurch aber würden in erster Linie die breiten Massen benachteiligt werden.

Der Steuerausschuß hat aber trotz der Notlage der Stadt die Vorlage des Kämmerers, wie aus dem vorstehenden Bericht hervorgeht, erheblich umgestaltet und die fiskalischen Gesichtspunkte zurückgedrängt. Er hat deshalb die in Aussicht genommene rückwirkende Kraft vollkommen beseitigt, sodaß die Steuer überhaupt nur für ein Vierteljahr Geltung hat. Es ist aber ferner gelungen, wenn auch nicht in völlig zureichendem Maße, die Steuer nach der Familiengröße zu staffeln und die versteuerbaren Beträge so heraufzusetzen, daß ein notwendiger Existenzbedarf freibleibt. Der Antrag der Unabhängigen auf Heraufsetzung des Mindestbetrages, von dem die Steuer erhoben wird, um je 2000 M. gegenüber dem Vorschlage des Unterausschusses, fand keine Mehrheit.

Die heutige Stadtverordnetenversammlung aber wird über diesen Antrag erneut zu entscheiden haben.

Die Wahrung des öffentlichen Interesses

Wegen einer in Nr. 219 der „Freiheit" vom 10. Juni d. J. erschienenen Notiz „Waffenschiebungen für die Einwohnerwehr" hatten der Oberinspektor Lorenz und der Inspektor Banach vom Städtischen Viehhof Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur unserer Zeitung, den Genossen Liebschütz, erhoben. Die gestrige Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ergab unzweifelhaft, daß Waffenschiebungen tatsächlich vorgekommen sind, es gelang aber nicht der Nachweis, daß die beiden in unserer Notiz der Waffenabgabe bezichtigten Personen mit diesen Schiebungen im Zusammenhange stehen. Während im Falle Lorenz kein Anhaltspunkt für die erhobene Beschuldigung gefunden wurde, bleibt es im Falle Banach immerhin unentschieden, ob Banach als Beamter nicht verpflichtet war, nach der Auflösung der Einwohnerwehren dafür zu sorgen, daß keine Waffen in unberechtigte Hände kamen. Auf die Frage des Verteidigers Dr. Bönheim erklärte Banach, daß er eine solche Verpflichtung nicht anerkenne. Man wird dies als eine ziemlich eigenartige Auffassung von den Pflichten eines Beamten gegenüber dem Erlaß der Regierung bezeichnen können.

In seinem Plädoyer bestritt der Staatsanwalt ebenfalls, daß Banach verpflichtet gewesen sei, darüber zu wachen, daß nach Auflösung der Einwohnerwehren Waffen weggebracht würden. Er bezeichnete den Wahrheitsbeweis als völlig mißlungen und beantragte auf Grund des Paragraphen 186 des Strafgesetzbuches (Ueble Nachrede) 1200 Mark Geldstrafe.

Genosse Dr. Bönheim als Verteidiger gab zu, daß im Falle Lorenz keinerlei Beweis für die im Artikel erhobene Anschuldigung erbracht sei. Gegenüber dem Inspektor Banach wies er auf die schon oben gekennzeichnete eigentümliche Auffassung als Beamter von seiner Pflicht hin. Genosse Bönheim stellte fest, daß der Angeklagte, Genosse Liebschütz, lediglich im öffentlichen Interesse gehandelt habe, als er diese Mißstände zur Sprache brachte, daß ihm eine Beleidigungsabsicht der beiden Personen, die ihm gänzlich unbekannt seien, völlig ferngelegen habe. Wegen des öffentlichen Interesses, das noch dadurch verstärkt werde, daß es sich bei dieser Notiz um die Unterstützung einer Regierungsaktion handele, bitte er, dem Angeklagten in Verfolg des Paragraphen 193 des Strafgesetzbuches „Wahrung berechtigter Interessen" zuzubilligen und ihn freizusprechen. — Genosse Liebschütz betonte ebenfalls, daß eine Beleidigung der beiden Personen von ihm nicht beabsichtigt gewesen sei, daß er im öffentlichen Interesse dieser Angelegenheit in der Zeitung Raum gegeben habe, und daß er seinen Gewährsmännern gegenüber alle erdenkliche Vorsicht habe walten lassen.

Der Vorsitzende verkündete nach kurzer Beratung, daß Genosse Liebschütz schuldig sei im Sinne des Paragraphen 186 StGB. (Ueble Nachrede) und dieserhalb zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt werde. Den beiden Klägern wurde die Publikationsbefugnis des Urteils zuerkannt.

Aus der Begründung des Vorsitzenden ist besonders bemerkenswert, daß hier zugegeben wurde, daß der Redakteur sogar ein sehr starkes öffentliches Interesse vertrete. Nur ging der Vorsitzende allerdings nicht so weit, auch dem Genossen Liebschütz gegenüber diese „Wahrung öffentlicher Interessen" zugute zu halten, sondern er behauptete, daß Genosse Liebschütz dieses Recht in leichtfertiger und nicht gewissenhafter Weise mißbraucht habe und daß es ihm vor allen Dingen darauf angekommen sei, die Kläger zu beleidigen. Diese Auffassung des Vorsitzenden ist durch die tatsächlichen Erklärungen des Verteidigers und des Genossen Liebschütz selbst hinfällig. Genosse Liebschütz wird gegen das Urteil Berufung einlegen mit dem ausdrücklichen Verlangen, daß ihm der Schutz des Paragraphen 193 zugebilligt wird.

Legiens Beisetzung

Aufstellung des Trauerzuges

Die Berliner Gewerkschaftskommission teilt mit:

Das Begräbnis des Genossen Legien findet am Freitag, den 31. d. M., vom Gewerkschaftshause aus statt. Abmarsch des Zuges 11 Uhr. Der Zug nimmt folgenden Weg: Engelufer, Köpenicker Straße, Oberbaumbrücke, Warschauer Straße, Frankfurter Allee und Frankfurter Chaussee bis zum Städtischen Friedhof in Friedrichsfelde.

Ordnung des Zuges. 1. Kranzträger, soweit die Kränze nicht anderswo im Zuge mitgeführt werden. 2. Musikkapelle, Kranzwagen. 3. Leichenwagen. 4. Angehörige. 5. Vorstand und Angestellte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Vorstand des Afa-Bundes. Sozialdemokratische Parteivorstände. Ausländische Delegationen. 6. Vertretungen der Verbandsvorstände. Sozialdemokratische Reichstagsfraktion. 7. Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission und der Orts-Afa. Gauleiter der Provinz Brandenburg. Auswärtige Gewerkschaftsdelegationen. 8. Vertretung des Wahlkreises Kiel-Rendsburg. Vertretungen sonstiger sozialdemokratischer Parteikörperschaften. 9. Vertretungen von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und sonstiger amtlicher und privater Körperschaften. Musikkapelle. 10. Gewerkschaften (1. Holzarbeiterverband, 2. Afa, 3. Asphalteure, 4. Bäcker und Konditoren, 5. Bauarbeiter, 6. Böttcher, 7. Brauereiarbeiter, 8. Buchbinder, 9 Buchdrucker, 10. Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter, 11. Dachdecker, 12. Eisenbahner, 13. Fabrikarbeiter, 14. Film- und Kinoangehörige, 15. Fleischer, 16. Friseure, 17. Gärtner, 18. Gastwirtsgehilfen, 19. Gemeinde- und Staatsarbeiter, 20. Glasarbeiter, 21. Glaser, 22. Hausangestellte, 23. Hutmacher, 24. Kupferschmiede, 25. Kürschner, 26. Lederarbeiter, 27. Landarbeiter, 28. Lithographen, 29. Maler, 30. Maschinisten und Heizer, 31. Metallarbeiter, 32. Musiker, 33. Porzellanarbeiter, 34. Sattler und Tapezierer, 35. Schneider, 36. Schornsteinfeger, 37. Schuhmacher, 38. Steinarbeiter, 39. Steinsetzer, Rammer und verw. Berufe, 40. Tabakarbeiter, 41. Textilarbeiter, 42. Töpfer, 43. Transportarbeiter, 44. Zimmerer, 45. Schiffszimmerer). Musikkapelle. 11. Parteiorganisationen. 12. Sonstige Organisationen der Arbeiterklasse.

Aufstellung. Die Annenstraße und das Engelufer sowie der dazwischenliegende Teil des Michaelkirchplatzes sind frei zu lassen. Die unter 4—9 aufgeführten Gruppen versammeln sich, soweit die betreffenden Vertreter nicht an der Gedächtnisfeier teilnehmen, im Hofe des Gewerkschaftshauses. Die Gewerkschaften nehmen auf dem Michaelkirchplatz, dem Kaiser-Franz-Grenadierplatz und den angrenzenden Straßen gemäß zugegangenem Plan Aufstellung und schließen sich in vorstehender Reihenfolge dem Zuge an. Die Parteiorganisationen einschließlich ihrer Unterorganisationen sowie sonstige Organisationen der Arbeiterklasse nehmen im Bogen des Bethanien-Ufers auf der anderen Seite des Wassers Aufstellung, und zwar die S. P. D. zwischen Engelbecken und Adalbertstraße, die U. S. P. D. und übrigen Organisationen längs des Krankenhauses Bethanien. Dem Zuge der Gewerkschaften schließt sich zunächst über die Adalbertbrücke die S. P. D., dann die übrigen Parteien ebenfalls über die Adalbertbrücke an. Die Gewerkschaften und Parteien werden gebeten, die Ordner selbst zu stellen!

Ausschneiden!

Drucksache

10 Pfennigmarke

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin C 2

Breite Straße 8-9

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist **echter Hoost-Dreibohnenkaffee** M. Hoost, Berlin C 25, Prenzlauer Str. 49 Kelbel-Straße 11 Alexander 1470
Marke Hoost, halb und halb Viertelpfund p. 5.50. Emha 20% Bohnenkaffee Viertelpfund p. 3.–. Hoost-Getreidekaffee ½-Pfund pro 3.50

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr:
Kabale u. Liebe

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½: Heute Première
„Amt Steinplatz 456"

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr:
Der Waffenschmied
Schauspielhaus
7 Uhr: **Kronprinz**

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: Don Carlos
Kammerspiele
7½ U.: Die deutschen Kleinstädter
Großes Schauspielhaus
Kerlstraße
7 Uhr: Dantons Tod
(Miete Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.
8 Uhr: **Salome**
(Doska, Horten, Liechtenstein, Beidt, Fjerber, Dernburg)
Silvester: Salome
Neujahr: Salome
Sonntag: Salome

Komödienhaus
Täglich:
½8 U.: Die Sache mit Lola mit Max Pallenberg

Berliner Theater
7 Uhr: Die spanische
Nachtigall
mit Fritzi Massary

Trianon-Theater
Heute nachm. 4 U., kleine Preise:
Max und Moritz
Abends 7½ Uhr:
Kammermusik
Carl Clewing, Eugen Burg, Olga Limburg, Hans Albers.
Sonnabend u. Sonntag 4 Uhr, halbe Pr.: Der Roman einer Frau

Residenz-Theater
Heute nachm. 4 Uhr, kl. Preise:
Schneewittchen
Abends 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
(Hanns Newald, Adele Sandrock, Carola Toelle, Arnold Korff)
Sonn. u. Sonntag 4 U., halbe Pr.
Die Freundin

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Kren
Allabendlich 7½ Uhr:
Za-Shi tanzt
Sonntag 3½: Der Obersteiger

Walhalla-Theater
Täglich
7½ U.: **Kastelbinder**
(Alfred Piutner a. G.)

Rose-Theater
7½ Uhr: Ein vorsichtiger Mann

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 Hbf. Jannowitzb.
Täglich
7.30 U.: **Gala-Sänger**

½8 **Folies Caprice** ½8
am Oranienburger Tor
9 Monate a dato
mit Ferd. Brünecker, Rudolph, Georg Pr. Schmidt.

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
7 Uhr: **Peer Gynt**
Freitag 7 Uhr: Flamme
Sonnabend bis Montag
7½ Uhr: Flamme

Deutsch. Künstl.-Theater
7½ Uhr: Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Hesterberg)
Heute 2½ Uhr
Kinder-Märchen-Nachm.
i. V. d. Deutschen Kinderhilfe
Bunter Teil. Flytlitz.
Freitag
7 Uhr: Die Scheidungsreise
Sonnabend bis Montag
7½ Uhr: Die Scheidungsreise

⅜8 **Casino-Theater** ⅜8
Der Fehltritt einer Frau
Am 1. u. 2. Januar
nachm. 3½ Uhr:
Eine fidele Ehe

Th. am Nollendorfplatz
Täglich 7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht ...

APOLLO
Friedrichstr. 218
Auftreten Kapitän Ransen
mit seinen dressierten
Seelöwen
und die übrigen Dezember-Sensationen!!!

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Freitag, den 31. Dezember
Gr. Silvester-Feier
unter Mitwirkung erster Künstler
Anfang 7 Uhr
Tischbestellungen Kpl. 3095.

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuserstr. 6-7
Tägl. 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Nur noch bis 31.12.
Das herrliche Weihnachts-Programm!
Ab 1. Januar:
Neues Programm!
Am 1. u. 2. Januar, nachm. 3 Uhr: Gr. Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen bei vollem Abendprogramm!
Vorverkauf: 11—1½ u. 4—6 U.

Genrenstraße 34.
Große Silvesterfeier
Konzert
Varieté / Ball
Ueberraschungen
Anfang 7½ Uhr
Tischbestellungen werden im Bureau entgegengenommen, doch bleiben bestellte Tische nur bis 9 Uhr reserviert.

Café Braune * Braune's Diele
Alexander-Straße 53

Große Silvesterfeier mit Überraschungen	Das glänzende Silvester-Programm Karl Stöhr mit seinen Schlagern

U.S.P.D 5. Distrikt U.S.P.D.

Am Freitag, den 31. Dezember 1920
Gr. Silvesterfeier
in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15
Musik, Theateraufführung, Rezitation, Ueberraschungen
Tanz in zwei Sälen
Eintrittskarte 3.00 Mk. einschließlich Tanz
Saalöffnung 6 Uhr — Anfang 7 Uhr
Billetts sind bei den Funktionären und abends an der Kasse, außerdem bei Schweikardt, Alte Jakobstraße 24 und Krüger, Wassertor-Straße 41, zu haben.

3000 Personen fassend **Tivoli** 3000 Personen fassend
Chaussee-Str. 25 am Stettiner Bahnhof
Täglich: Großes Konzert
Vaudeville und Cabarett-Schau
Beg. a. d. Wochentagen 6 Uhr, a. Sonntagen 4½ Uhr Nachm.
Freitag, den 31. Dezember
Gr. Carneval-Silvester-Feier
unter Mitwirkung first. Künstler und Künstlerinnen sowie eines großen Teiles der für Januar verpflichteten Artisten.
2 Bühnen 2 Kapellen
Sonnabend, 1. Januar (Neujahr)
Gala-Première
Tivoli auf Stelzen m. Erich Carow
und die neuengagierten Spezialitäten.
Die Direktion.

Silvester-Feier in der Altdeutschen Winzer-Diele!
Brunnenstr. 188/90, am Rosenthaler Tor.
Das führende Kabarett des Nordens!
Qualität des Gebotenen bei minimalen Preisen.
Versäumen Sie nicht, sich rechtzeitig Plätze für den Silvesterabend zu sichern.
Anfang ½8 Uhr — Kapelle: Alexander van Ray!

Zum Silvester!
Alkoholfreie Heißgetränke:
Rumpunsch à Liter **4.50 M.**
Glühtrank à Liter **3.50 M.**
inkl. Steuer. — Kein Zucker erforderlich.
Ein Teil Spirit. zwei Teile Wasser ergeben ein herrliches süßes Getränk.
Kognak-Weinbrand, Flasche 47 M.
Ferner empfehle meine vorzüglichen zuckergesüßten Liköre,
Rum, Rots, Süß- und Weißweine
Probe-Ausschank auch in Gläsern!
H. Krömer, Berlin N.24, Oranienburger Str. 66.
Verkaufsstellen alkoholfreier Getränke:
Andreasstr. 78 Potsdamer Str. 70
Ich bitte höfl., nach Möglichkeit Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang n. d. Felderschr. (Nr. 108) Norden 10621

Damen-Wintermäntel
Einzelverkauf zu Engrospreisen
Neueste Fassons — Prima Verarbeitung.
Verkauf von Mänteln nur eigener Herstellung direkt an Private ohne jeden Zwischenhandel.
Plauschmäntel dunkel u. hell **150—550 M.**
Berlin C., Niederwallstr. 22, Hof parterre rechts

Selbst-Hilfe
Der kleine Samariter
dient zur Selbsthilfe bei leichteren Krankheiten und gibt Verhaltungsmaßregeln bis z. Erscheinen des Arztes bei schweren Krankheiten
Mit Anhang:
Anleitung z. Errichtung einer
Hausapotheke
Preis 1.50 Mk.
Behörden
Schulen
Krankenkassen
Fabriken
Organisationen
bezog. bereits große Posten
Bestellen Sie sofort bei der
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Str. 8-9

KONSUM-Genossenschaft Berlin u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Schweine-Schmalz	garantiert rein, blütenweiß, ia Qualität	Pfd. M. 19.–
Kokos-Schmalz		„ „ 16.–
Kokos-Butter	in 1-Pfund-Tafeln	„ „ 17.–

Reine Naturweine:

Rhein- und Moselweine	Rotweine	Südweine
von 17.50 an inkl. Steuer	von 17.20 an inkl. Steuer	von 12.00 an inkl. Steuer

Rum-Punsch, extra fein	½ Flasche	M. 29.50
Burgunder-Punsch, extra fein	½ „	„ 29.50
Schlummer-Punsch	½ „	„ 27.00
Jamaica-Rum-Verschnitt	½-Liter-Flasche	„ 34.50
Jamaica-Rum-Verschnitt	¼ „	„ 17.50
Kognak, Goldstück	½ Flasche	„ 32.00
Kognak, E. Autain & Co.	1/1 „	„ 60.00
Kognak, Medizinal, von Camis & Stock	1/1 „	„ 62.50
Kognak, Doubouché	1/1 „	„ 65.00

Heringe • Oelsardinen **billigst** Gemüse- u. Obstkonserven

Sozialistische Literatur
Schöne Literatur
Geschenk-Werke
Klassiker
Jugend-Schriften
Bilder-Bücher

Kauft man am besten u. billigsten in der
Buchhandlung
Freiheit
Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Versand auch nach auswärts

Dynamodraht
in Baumwolle, Seide und Emaille, kauft jeden Posten
Elektrobüro, Grüner Weg 100.

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22. Tel. 3361

Nicht in 6—8 Wochen
sondern in 3—5 Tagen
werden sämtliche Militär- und Zivilgarderoben gefärbt.
Trauersachen binnen 24 Stunden.
Schnellfärberei u. chemische Waschanstalt
Moab. 5242 **NORD-WEST.** Hansa 1075
(Gatz Gebrüder)
Fabrik und Expedition: Alt-Moabit 60.
2. Geschäft: Gotzkowskystr. 13. — 3. Geschäft: Schönhauser Allee 176. — 4. Geschäft: Wilmersdorf, Uhlandstr. 74. — 5. Geschäft: Charlottbg., Suarezstr. 14. — 6. Gesch.: Steglitz, Mittelstr. 40.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner
Franz Möcke
Lichtenberg, Finowstr. 15, am 25. d. Mts. gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 30. 12., nachm. 1½ Uhr vom Krematorium Baumschulenweg aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:
Die Arbeiterin
Else Lubitz
Gürtelstraße 20a, am 21. Dezember.
Der Gießer
Gustav Uhlig
Alt-Glienicke, Wilhelmstraße 10, am 11. d. Mts.
Der Dreher
Willi Henkel
Charlottenburg, Friedbergstraße 30, am 22. d. Mts.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!
Mitglieder der Ortsverwaltung
Die für heute angesetzte Sitzung der mittleren Ortsverwaltung findet nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer
Geschäftsstelle Groß-Berlin.
Infolge der Aufbahrung der Leiche des Genossen Legien im Saal 4 des Gewerkschaftshauses müssen wir unsere
Generalversammlung
welche am Donnerstag, den 30. Dezember, abds. 6 Uhr, stattfindet, nach den
Zentral-Festsälen, Alte Jakobstraße 32
verlegen. — Es ist Pflicht aller dienstfreien Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Botenfrauen
für größere Touren stellt sofort ein
Spedition Thornseifer
Lübecker Straße 11.

COGNAC

Deutscher Verschnitt	M. 45.00
Reiner Weinbrand	„ 46.50
Jam.-Rum-Versch. 49%	„ 50.00
Schwarzw. Kirschw. 50%	„ 55.00
Zuckergef. Mosch 40%	„ 58.00
Advokat, aus frisch. Eiern, zuckergefüllt	„ 54.00

Alles mit Freigeld mit Flasche.
Sämtl. ind. Spirituosen billigst.
Weinwein, Rotwein, Sekt und Südwein
Weingroßhandlg.
Schlaraffia Potsdamer Str. 26b u. Beusstraße 2.

Gold- Silber- Bruch
Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink usw.
Zahle stets Tagespreise!
Metallschmelze
Siemensstraße 6
(Bahnhof Westfalenstr.)

Arbeiterjugend und Sexuelle Frage
von Hans Hackmann
Preis 2 Mark
Buchhandlung
„Freiheit"
Breite Straße 8-9

Unsere jetzigen Preise

Jackettanzüge in allen möglichen Mustern und Farbenstellungen	von 245 M. an
Jackettanzüge, Modellstücke, in den neuesten Fassons und in vornehmen Farben zum Einheitspreise	von 780 M.
Ulster, Schlüpfer, Raglans, Paletots	von 300 M. an
Winterjoppen mit dickem warmem Futter	von 150 M. an
Hosen größtenteils unter Anschaffungspreis, in geschmackvollen Streifenmustern, u. a. 290, 265, 235, 215, 200, 175, 150, 125, 90	65 M.

Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Cutaway und Westen sowie Gummimäntel in modernster Ausführung, sehr preiswert
Maßanfertigung nach den neuesten Modellen zu billigen Preisen
Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit"
Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
zum Preise von M. 10 monatl., halbmonatl. M. 5 bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____
(Namen deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: Wohn., Hof, Hdl., Durchgeh.)

Diesen Bestellschein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, einzusenden.
Der Verlag.

Groß-Berlin

Selbständige Werksverwaltung für das Berliner Anschaffungsamt

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen mit dem Antrage, zu beschließen, daß das Anschaffungsamt der Stadt Berlin die Stellung und Verfassung einer selbständigen Werksverwaltung mit kaufmännischer Geschäfts- und Buchführung erhält und daß ihm aus Anleihemitteln ein Betriebskapital von 10 Millionen Mark gewährt wird. Das Anschaffungsamt der Stadt Berlin hat die Aufgabe, den Bedarf sämtlicher städtischer Anstalten und Betriebe der bisherigen Stadt Berlin an Lebens- und Genußmitteln, Web-, Wirk- und Strickwaren, Oelen und Fetten, Verbandstoffen, Schuh- und Lederwaren sowie an Wirtschaftsgegenständen zu decken und die in der städtischen Verwaltung entfallenden Altmaterialien zu bewirtschaften. Der Antrag des Magistrats bezweckt, an Stelle der bisherigen Bevorschussung des Amtes durch die Stadthauptkasse ihm durch die Bereitstellung des Betriebsfonds zu ermöglichen, einzehende Gelder sofort kaufmännisch wieder zu verwenden, anstatt der bisher für Betriebszwecke aus der Stadthauptkasse zur Deckung gegebenen Vorschüsse. Das Betriebskapital soll mit 5 Prozent verzinst werden. Die Umwandlung des Amtes in eine selbständige Werksverwaltung bezweckt, die Möglichkeit zu schaffen, für die Stellen, in denen kaufmännische oder industrielle Fachkenntnisse gefordert werden müssen, tüchtige Fachleute zu gewinnen.

Ein netter „Vergleich“

Das Mieteinigungsamt Berlin-Schöneberg hatte auf Antrag des Hausbesitzers Thomas, Motzstraße 77, gegen den Werkstatinhaber E. Seidel betreffend Räumung der innehabenden Räume zu verhandeln. Auf Anraten eines Beisitzers ging der Beklagte einen Vergleich ein, durch welchen er verpflichtet wurde, **einen bei ihm aushilfsweise beschäftigten Arbeiter zu entlassen und nicht wieder einzustellen.**

Der Hauswirt hatte diese Forderung erhoben, weil der in Frage kommende Arbeiter der Portier im gleichen Hause war, sich an dem Porterstreik beteiligt hatte. Abgesehen von dieser scharfmacherischen Handlungsweise des Hauswirts, die diesem noch teuer genug zu stehen kommen wird, ist die Entscheidung des Mieteinigungsamtes ungesetzlich. Nicht nur wird die Erwerbslosenfürsorge Regreßansprüche an das M.-E.-A. geltend machen, sondern der davon betroffene Arbeiter kann auch seinerseits Schadenersatzansprüche erheben. Eine Rechtsbelehrung solcher Mieteinigungsämter erscheint uns dringend geboten.

Betrügereien eines Frauenarztes.

Unter der Anklage des Schleich- und Kettenhandels hatten sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I der Frauenarzt Dr. med. Stein-Sahlet und seine geschiedene Frau, die Lederhändlerin Helene Spanier zu verantworten. Der Angeklagte hatte seine Ehefrau vor Jahren in der größten Not verlassen und war nach Amerika gegangen. Nachdem er über zehn Jahre nichts hatte von sich hören lassen, tauchte er eines Tages wieder in Deutschland auf und versuchte, sich mit seiner Ehefrau auszusöhnen, nachdem er in Erfahrung gebracht hatte, daß diese es durch Fleiß zu einem größeren Vermögen gebracht hatte. Er erzählte ihr, er käme aus Dänemark und habe sich jetzt in Berlin als Frauenarzt niedergelassen. Tatsächlich hatte es Dr. Stein, der erst in Amerika den Doktortitel erworben hatte, verstanden, in dem Hause Kaiserallee 66 in Wilmersdorf ein Sanatorium von vier Etagen zu errichten, in dem er drei Spezialärzte beschäftigte. Er verstand es weiter, seiner früheren Ehefrau, die völlig im Bann seiner Persönlichkeit stand, nach und nach das gesamte Vermögen abzunehmen, das er zumeist zur Vornahme der jetzt zur Anklage stehenden umfangreichen Schiebungen mit Getreide und Hülsenfrüchten verwendete. Er verschwieg dabei, daß er kurz vor der Sanatoriumsgründung in Hamburg wegen Heiratsschwindels zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Das Unternehmen in der Kaiserallee geriet bald ins Wanken, und eines Tages erfolgte auf Grund zahlreicher Betrugsanzeigen von Lieferanten der Zusammenbruch und die Verhaftung des Dr. Stein. Im Untersuchungsgefängnis gelang es ihm, den Schwerkranken zu spielen, so daß er als haftunfähig entlassen wurde. Die Folge war, daß Dr. Stein nach Holland flüchtete, wo er eine gutgehende Schieberfirma betreiben soll.

In dem gestrigen Termin, in dem gegen Frau Spanier allein verhandelt werden mußte, handelte es sich um große Getreideschiebungen, die dadurch ermöglicht sein sollten, daß zwei Beamtinnen und ein Abteilungsleiter der Reichsgetreidestelle durch Bestechungsgelder veranlaßt worden waren, Frachtbriefe mit dem Stempel der Reichsgetreidestelle zu versehen. Auf Veranlassung der Kriminalpolizei gingen die Beamten der Riechsgetreidestelle zum Schein auf die Sache ein, und eines Tages konnten die Urheber des Betruges verhaftet werden. Staatsanwalt Dr. Berliner beantragte mit Rücksicht darauf, daß es sich um außerordentlich umfangreiche Schiebungen zum Schaden der Volksernährung handele, eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und 60 000 Mark Geldstrafe. Demgegenüber wies Rechtsanwalt Dr. Vincus in rechtlicher Beziehung darauf hin, daß es sich in der Hauptsache um sogenannte Kriegsdelikte handele, bei denen auf Grund der neuen Gesetze eine Bestrafung nicht mehr erfolgen könne. Hinzu komme noch, daß die Angeklagte offenbar der suggestiven Kraft ihres früheren Ehemannes zum Opfer gefallen sei. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zu einem Jahr Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 8000 Mark. Außerdem wurden die Bestechungsgelder in Höhe von 2500 Mark für verfallen erklärt. Die Gefängnisstrafe wurde durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Um den sozialistischen Stadtschulrat. Anläßlich der Verhandlungen des Unterausschusses zwecks Besetzung des Postens eines Stadtschulrats ergeht sich die bürgerliche Presse in allen möglichen Kombinationen und wartet bereits mit Namen auf. Es ist völlig verfrüht, schon jetzt etwas Positives über den evtl. Kandidaten berichten zu können.

Kohlenversorgung in Groß-Berlin. Vom 3. Januar 1921 ab sind sämtliche schriftlichen und mündlichen Anträge, betreffend Küchen- und Ofenbrand (Koch-, Ofen- und Sonderkarten), auf Eintragung in die Kundenliste eines Kohlenhändlers, sowie auf Umtragung zu einem anderen Kohlenhändler, ferner Beschwerden über den Kohlenhändler nicht mehr unmittelbar an das Kohlenamt Berlin, Linkstraße 25, sondern lediglich an das für den Verbraucher zuständige Kohlenbezirksamt zu richten. Dagegen sind Anträge betr. Gewerbebelieferung, Zentralheizungs- und Ofenbrandbezugsscheine nach wie vor mündlich oder schriftlich an das Kohlenamt Berlin, Linkstraße 25, zu richten. Die Erledigung dieser Anträge erfolgt im Kohlenamt Berlin, Linkstraße 25, wochentäglich von 9—12 Uhr.

Anordnung betr. Getreideausdrusch. Der Lebensmittelverband Groß-Berlin gibt bekannt: Der außerordentlich schlechte Stand der Ablieferung von Brotgetreide und Gerste macht es notwendig, daß die noch vorhandenen ungedroschenen Vorräte an Körnerfrüchten dieser Art möglichst bald ausgedroschen werden. Auf Grund des § 5 Abl. 3 Satz 2 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 in Verbindung mit den preußischen Ausführungsbestimmungen hierzu wird daher angeordnet, daß Besitzer von ungedroschenen Getreidemengen diese Vorräte bei Vermeidung von Zwangsmaßregeln, wie Zwangsausdrusch, Entziehung des Rechtes der Selbstversorgung usw. bis spätestens zum 31. Januar 1921 restlos auszudreschen haben.

Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten. Der Magistrat hat beschlossen die Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern vom 15. Januar 1921 ab zu erhöhen für die 3. Klasse auf 18 M., für die 2. Klasse auf 50 M., für die 1. Klasse auf 70 M. Für einheimische Kinder tritt eine Erhöhung des Satzes von 6 M. nicht ein. Wird jedoch in einzelnen Krankenhäusern ein anderer Pflegesatz erhoben, so ist dieser ebenfalls auf 6 M. festzusetzen. Für auswärtige Patienten sind die doppelten Sätze zu erheben. Von Ausländern, zu denen nicht die Deutsch-Oesterreicher gerechnet werden, sollen folgende Kostensätze eingezogen werden: Für die 3. Klasse 60 M., für die 2. Klasse 120 M., für die 1. Klasse 180 M. Diese Regelung gilt nur als eine vorläufige. Der Stadtmedizinalrat ist ersucht worden, einen Plan für die Reform des Anstaltsbetriebes im Sinne der Verbilligung vorzulegen. Im Laufe des nächsten Jahres soll die Abschaffung der 1. und 2. Klasse, die sich in den Krankenhäusern von Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln befinden, erfolgen. Der Stadtverordnetenversammlung wird alsbald eine Vorlage zugehen.

Fahrpreisermäßigung für die Jugendpflege. Die Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege ist nicht lediglich zu Wanderfahrten ausgesprochener Jugendpflegevereine bestimmt, sondern gilt auch den Jugendabteilungen einzelner Sportvereine. Nach der Anordnung vom August soll die Ermäßigung ohne Unterschied den Jugendorganisationen aller politischen Richtungen zugestanden werden, die eine körperliche Ertüchtigung und Gesundung der Jugend erstreben. Dies gilt auch für die besonderen Jugendabteilungen solcher Vereine, die ihrer Bezeichnung nach keine Jugendpflegevereine sind, z. B. die Jugendabteilungen der Turn-, Ruder-, Schwimm-, Ballspielvereine usw., deren Zweck die Pflege von Leibesübungen ist. Die Vergünstigung soll auch nicht nur zu Wanderfahrten, sondern auch zur Beteiligung an sportlichen Veranstaltungen, wie zur Austragung von Wettkämpfen gewährt werden. Die Dienststellenvorsteher der Reichseisenbahnen sind ersucht worden, die beteiligten Beamten und Angestellten hiernach aufzuklären.

Die Außerkurssetzung der Silbermünzen. Die Silbermünzen werden mit dem 1. Januar außer Kurs gesetzt. Die Reichs- und Landeskassen nehmen sie nur noch bis zu diesem Tage zu ihrem gesetzlichen Werte in Zahlung. Sie dürfen später auch nicht mehr gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine umgetauscht werden. Vielen praktischen Wert dürfte diese amtliche Erinnerung nicht haben, da der Metallwert dieser Münzen weit größer ist als der Nennwert der heutigen Papiermark.

Kohlenersparnis durch Maschinenanlagen. Ein Mittel zur Ersparnis von Kohlen bei Lokomotiven sind Vorwärmeanlagen. Der Reichsverkehrsminister hat deshalb auf Grund der Beratungen des Ausschusses für Lokomotiven entschieden, daß nicht nur die neuen Lokomotiven auch weiter mit solchen Anlagen ausgerüstet werden, sondern auch die vorhandenen Lokomotiven sämtlich mit Vorwärmeanlagen nach und nach zu versehen sind, das letztere, soweit es mit Rücksicht auf das Lebensalter der Maschinen noch wirtschaftlich ist. Nur bei den Lokomotiven für Zahnrad- und Schmalspurbahnen läßt sich die Vorwärmeanlage schwer unterbringen.

Liebestragödie in der Kraftdroschke. Mit einem Doppelselbstmord endete gestern vormittag eine Liebestragödie am Prager Platz. Gegen 9 Uhr nahm ein junges Paar am Schlesischen Bahnhof eine Kraftdroschke nach dem Prager Platz. Kurz bevor der Wagen das Ziel erreicht hatte, hörte der Führer zwei Schüsse fallen. Er hielt an und sah, daß der junge Mann das Mädchen und sich selbst durch einen Schuß getötet hatte. Der Mann wurde aus Papieren festgestellt als ein Friseur Willi Mahler, der bei seinen Eltern in der Hohenschönhauser Straße 33 zu Berlin-Wilhelmsberg wohnte. Wer das Mädchen ist, weiß man noch nicht. Beide Leichen wurden beschlagnahmt. Was das Paar in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt.

Durch Einatmen von Leuchtgas machte gestern die 26jährige Arbeiterin Emma Schade in Neukölln, Zietenstraße 72, ihrem Leben ein Ende. Als Mitbewohner des Korridors gestern nach-

---

Klarheit tut not!

Wer in der letzten Zeit Arbeiterversammlungen besucht hat, wer die Stimmung in der Arbeiterschaft beobachtet, der wird erkannt haben, daß es jetzt notwendiger denn je ist, Klarheit über das Wesen des proletarischen Kampfes, über die Grundsätze des Sozialismus zu verbreiten. Das mit jedem Tage wachsende wirtschaftliche Elend, die immer frecher auftretende politische Reaktion hat in manchen Köpfen der Arbeiter eine Verwirrung angerichtet, die mit den schärfsten Mitteln der sozialistischen Aufklärung bekämpft werden muß.

Die Presse der U. S. P.

hat sich in den Dienst dieses Kampfes gestellt. Wie bisher schon, so wird sie auch künftig ebenso gegen jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, wie gegen jede abenteuerliche Politik, gegen jede Zersplitterung der proletarischen Front wirken, und so den Boden vorbereiten helfen, auf dem allein der Zusammenschluß des gesamten revolutionären Proletariats erfolgen kann.

Auch die „Freiheit“,

das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, wird hierbei in vollstem Umfange ihre Pflicht erfüllen. Die bevorstehende reichere Ausgestaltung des Blattes wird ihr die Möglichkeit geben, noch mehr als bisher den Interessen des Proletariats zu dienen.

Sorgt dafür, daß der „Freiheit“ am bevorstehenden Quartalswechsel

eine große Schar neuer Leser zugeführt wird!

Ismer

Erzählung von Julius Levin

(8. Fortsetzung)

Die erste Abteilung der Ersatzmannschaft traf ein und stellte sich an die Böschung. Ismer und seine Kameraden gingen in den Schützengraben zurück und gewannen von dort den Verbindungsgang zum zweiten Graben. Ein feindlicher Flieger schien den Zug bemerkt zu haben und nahm sichtlich Seitendistanz, um eine Bombe schleudern zu können.

„Hopp, Hopp,“ meinte der „Vize“, damit man unter die Deckung kam.

Die Bombe sauste auch herunter, aber „de Elisjans war schwach“, wie der lange Emil meinte, denn das Geschoß schlug zu weit nach links zu und fegte nur ein paar Sträucher ab, die keinen eigentlichen Gefechtswert hatten, sondern nur so von früher da standen.

* * *

Unter Singen gewann die Mannschaft, bei der Ismer schon eine gewisse Autorität erworben zu haben glaubte, das Quartier hinter der Front, wo es gutes Essen gab: Erbsen mit Speck und Brot, als ein Ersatz für ein ausgefallenes Mittag, das zu verabreichen unmöglich gewesen war, da das Feuer des Feindes auf den Verbindungsgräben gelegen hatte.

Alle Welt wurde munter und guter Dinge.

Die Kameraden wollten Musik hören, und ein Berliner Bonbonmacher holte seine Ziehharmonika heraus. Es war ein ziemlicher Windhund, wie es hieß, und er hätte mehr Alimente zu bezahlen gehabt, als er mit Pralinés-Tauchen verdienen konnte, wenn alle Mädchen, denen er Kinder gemacht hatte, ihn zur Verantwortung gezogen hätten. Er war lang wie ne Hopfenstange und hatte eine Nase zum Reinregnen, von der sich die Oberlippe nach links zu zog, wie ein hängengebliebenes Wetterrouleau. Ihm schien ein ganzes Programm vorzuschweben, wie vom Abendkonzert mit Zapfenstreich; zuerst Choral und niederländisches Dankgebet und zum Schluß: „Ich bete an die Macht der Liebe“, mit was anderem mitten drin. Aber der lange Emil schrie: „Rich in de la meng“ und die Mannschaft schloß sich an und gab durch verschiedene mehr oder minder deutliche Worte ihren Wunsch nach etwas Lustigem kund. Deshalb spielte der Bonbonmacher bald ein paar allerneueste Operettenschlager im Marsch- oder Walzertakte, indem er mit dem Oberkörper die Bewegungen im Rhythmus mitmachte und zeitweise, wenn ihm die Stimmung übermächtig schien, sich den Takt mit dem schweren Grenadierstiefel sicherte. Die Kameraden, soweit sie Berliner waren, kannten den Text und sangen mit. Ismer auch, obwohl er an sich unmusikalisch war. Aber er hatte doch das Eine oder das Andere behalten können, wenn die Kinder der Nachbarn es auf dem Hofe sangen zu den Tönen eines Leierkastens oder einer Geige, für die Emilie eine gewisse Vorliebe hatte, wenn sie das Instrument mit Gefühl gespielt hörte.

Ach ja!

Emilie!

Wer weiß wo sie jetzt war . . .

Gewiß dachte sie, wo auch immer sie sich aufhalten mochte, an ihn, Ismer.

Nach ihrer letzten Karte konnte daran kein Zweifel sein. Es war ganz sicher, daß alles in Nicht stand. Sie war doch nicht nachtragend, die Emilie. Und schließlich hatte sie ja auch gar nicht einmal so sehr Schuld. Besonders damals den Abend, wo er ihr eine heruntergehauen hatte und nachher zum Frauenzimmer gegangen war, hatte er sich sehr schlecht benommen. Glücklicherweise war das nur einmal vorgekommen. Aber es war trotzdem noch schlimm genug gewesen. Und Emilie hatte ganz recht gehabt, wenn sie nachher wirklich zum Fritzen gegangen gewesen wäre. Aber sie hat es gewiß nicht getan. „Herrgott im Himmel! Was bin ich doch für ein Kamel gewesen!“ Das war das letzte Ergebnis alles Nachdenkens, das durch die Melodie von „Puppchen, du bist mein Augenstern“ geebnet, geglättet worden war, und über das die Sehnsucht Ismers dahin fuhr, wie die Hand über einen gut geputzten Gewehrlauf.

Und als der Nachthimmel die Sterne herauszustecken anfing, während die Dunkelheit tiefer und tiefer wurde, fühlte Ismer sein Herz schwerer schlagen, als es beim Beginn des ersten Gefechts geschlagen hatte. Er bangte sich sehr, sehr nach der Krausnickstraße, wo Emilie wohnte, und er hätte viel darum gegeben, wäre es ihm vergönnt gewesen, Frau und Wohnung auch nur kurze Minuten wiederzusehen. Ja, um diesen Preis war er bereit, Emilie alles zu verzeihen, wenn sie auch alles begangen hätte, was er sich einredete.

Die Musik hatte aufgehört, und einer nach dem andern Kameraden war schlafen gegangen.

Ismer zögerte, seine Lagerstatt aufzusuchen. Sie schien ihm heute allzu bedrückend einsam.

Aber das war nun einmal nicht zu ändern,

Emilie war weit, weit weg.

Ismer griff in die Hosentasche und holte Emiliens Feldpostkarte heraus, die schon ziemlich zerknittert war. Er machte sich ein wenig Vorwürfe darüber, es nicht schon im Laufe des Tages mehrere Male getan zu haben.

So etwas gehörte sich doch. Es kam ihm merkwürdig vor, daß er daran den ganzen Tag nicht gedacht hatte.

Und, als er sich nicht allzu beobachtet glaubte, knipste er die Taschenlaterne an, und las sich den Inhalt nochmals durch, der ihm jetzt unvergeßlich vorkam. Niemals mehr sollten ihm die Worte Emiliens aus dem Gedächtnisse entschwinden. Darauf konnte sie sich fest verlassen.

Ja, der Dichter aus der Unterhaltungsbeilage hatte recht: ein getreues Herze wissen, ist des höchsten Schatzes Preis!

Weiter konnte Ismer das Gedicht nicht. Aber auch das schon genügte für seine Gefühle.

Er knipste die Lampe aus, und die Dunkelheit erschien ihm noch tiefer als vorher, um so deutlicher aber sah er Emilie, die er nun so recht in die Arme nahm und mit sich fortführte.

Bis zur Tür des Häuschens wenigstens, wo er mit den Kameraden schlief.

Weiter wäre es doch zu unpassend gewesen.

* * *

Die drei Tage bis zum Wiedereintritt in den Unterstand wurden Ismer besonders lang, und die drei Nächte dazwischen unerträglich.

Er lebte diesmal, wie er selbst merkte, und die andern ihn auch zeitweise fühlen ließen, mehr bei, als mit den Kameraden.

Die Witze des langen Emil schienen ihm nicht sehr unterhaltsam, und die Abendmusik, auf die sich der Bonbonmacher denn doch allzuviel einbildete, hatte lange nicht mehr den Reiz wie das erste Mal.

Ismer ging plötzlich der schwere Ernst seiner Lage auf.

Der Todesgedanke, mit dem er sich zuerst vertraut gemacht und schließlich abgefunden hatte, begann ihn wiederum zu quälen. Es dünkte ihn jetzt ebenso traurig, von Emilie fortzugehen, wie es ihm ehemals trostreich erschienen war. Als er in den Krieg zog, hatte er sich von einer Last befreit gefühlt. Jetzt sah er, daß seine Last sein eigentliches Leben gewesen, und daß sein Leben eigentlich ganz schön war, wenn es ihm glückte, seine Last weiter zu tragen.

(Fortsetzung folgt.)

mittag starken Gasgeruch bemerkten, benachrichtigten sie die Sicherheitspolizei, die die Tür zu der Schadeschen Wohnung sofort öffneten. Hier fanden sie die Arbeiterin Emma Schade leblos am Gaskocherschlauch liegend vor. Von der Feuerwehr sofort angestellte Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Wie aus zwei hinterlassenen Zetteln hervorgeht, ist Liebeskummer die Ursache zu ihrem Selbstmord.

Zu dem Mord an der Ilse Heimann wird mitgeteilt, daß jetzt auch der Fund eines Kindermäntelchens bei dem Mörder Birkholz aufgeklärt ist. Es war bereits ermittelt worden, daß das Mäntelchen dem Töchterchen eines Kaufmannes aus der Glasgowstraße gehörte. Birkholz aber behauptete trotzdem, daß er es nicht dem Kinde abgenommen, sondern im Norden Berlins gekauft habe. Diese Behauptung wurde jedoch gestern gründlich widerlegt. Birkholz machte am 22. d. Mts. auf der Haustreppe einen Anschlag auf dieses Kind, mußte aber fliehen, als die Kleine schrie. Das Mäntelchen, das er ihr ausgezogen hatte, nahm er mit. Gleich nach dem Anschlag besuchte er seine frühere Geliebte. Als er nicht eingelassen wurde, stellte er ihr einen Christbaum vor die Tür. Die Mutter des Mädchens beobachtete ihn dabei und sah auch, daß er das Mäntelchen bei sich hatte.

„Die unter der Direktion Thilo stehenden Männerchöre Namenlos, Männerchor Ost und Solidarität wirken bei der Beisetzung von Carl Legien, die am Freitag, den 31. d. M. in Friedrichsfelde, stattfindet, mit. Treffpunkt vorher 12 Uhr zur Probe in Bürgers Festsälen, Frankfurter Allee, Ecke Rusch-Straße. Das Erscheinen aller Sänger ist Pflicht. Karten zum Friedhof nur dort. Der Gauvorstand des Arbeitersänger-Bundes."

Die städtischen Bureaus und Kassen schließen am Silvestertage wie alljährlich um ein Uhr. Die Verkehrsstunden in den städtischen Kassen und auch in der Sparkasse für das Publikum enden demgemäß schon um 12 Uhr mittags.

Verwaltungsbezirk 14. (Neukölln, Britz, Buckow.) Montag, den 3. Januar, 7 Uhr, Fraktionssitzung der Stadt- und Bezirksverordneten im Rathaus, Neukölln, Saal 1.

Die gewesenen politischen Gefangenen und Inhaftierten treffen sich Sonntag, den 2. Januar, vormittags 10 Uhr, Manteuffelstr. 72, zu einer wichtigen Besprechung. Die an der Rückzahlung der Gerichtskosten interessierten Genossen werden besonders gebeten, sämtlich zu erscheinen.

In Treptow-Baumschulenweg ist die ärztliche Untersuchung für die Schulkinder für die nach den Weihnachtsferien beginnende dritte Periode der Quäkerspeisung hierorts abgeschlossen. Für werdende und stillende Mütter und Kinder von 2—6 Jahren, die sich an der Speisung beteiligen wollen, findet am Mittwoch, den 29. Dezember 1920, vormittags von 11 bis 12 Uhr eine ärztliche Untersuchung auf Bedürftigkeit in der hiesigen Säuglingsfürsorgestelle, Neue Krug-Allee 4, statt. In Frage kommen aber nur solche Personen, die entsprechend der Vorschrift der Quäker die Mahlzeiten in der Speisestelle (den Kinderhorten) einnehmen können.

Der Omnibus-Betrieb Thielplatz—Zehlendorf wird wegen zu geringer Benutzung und wegen Unwirtschaftlichkeit eingestellt.

Gewerkschaftliches

Versammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre

Die von der Gewerkschaftskommission einberufene Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre der Gewerkschaften und der Afa, die am 20. Dezember ein Referat des Genossen Hertz und ein Korreferat des Genossen Heckert entgegengenommen hatte, wurde gestern im Gewerkschaftshaus fortgesetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde bemängelt, daß auch diese Versammlung schlecht besucht sei. Es wurde deshalb festgestellt, wieviel Vertreter der einzelnen Industriegruppen anwesend waren.

In der Diskussion gingen die einzelnen Redner wenig auf den Inhalt der Referate ein. Sie beschäftigten sich dagegen eingehend mit der Frage, welche Schritte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit unternommen werden müssen. Fast alle Redner stimmten darin überein, daß die Einigkeit der Arbeiterklasse herbeigeführt werden müsse, um in gemeinsamen Aktionen gegen den Kapitalismus, gegen die unsinnige Wirtschaftsform anzukämpfen. Die Sozialisierung des Bergbaues als erster Schritt zur Ueberführung der kapitalistischen Produktionsform in die sozialistische wurde von einigen Rednern gutgeheißen. Andere Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß die Bautätigkeit aufgenommen werden muß. Die Sozialisierung des Baugewerbes müsse deshalb durchgeführt werden.

Zu diesen Fragen lagen mehrere Resolutionen vor. Die vom Ausschuß der Gewerkschaftskommission vorgelegte war in ihrem zweiten Teil, die sich mit der Hebung der Not der Arbeitslosen befaßt, bereits in der letzten Versammlung angenommen worden. Der erste Teil dieser Resolution, der die Arbeitslosigkeit grundsätzlich behandelte, forderte deshalb zum Kampf um die Eroberung der politischen Macht, zur Verwirklichung des Sozialismus auf. Es wird dann die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung des Bergbaues, der Verkehrsmittel und Licht- und Krafterzeugung gefordert. In den weiteren Punkten wird gefordert: Bereitstellung weiterer ausreichender Mittel zur Aufnahme und Ausführung von Notstandsarbeiten, ganz besonders des Wohnungsbaues, Maßnahmen gegen die Sabotage der Unternehmer, Erweiterung der Rechte der Betriebs- und Angestelltenräte zur Kontrolle des Produktionsprozesses, sowie sofortige energische Maßnahmen zur Erfassung der gesamten Lebensmittelprodukte beim Erzeuger. Die Verteilung der erfaßten Lebensmittel soll durch die Kommunen zum Selbstkostenpreis erfolgen. Für diese Resolution stimmten 128 Funktionäre. Für eine andere, von Kaspar eingebrachte Resolution stimmten 198 Funktionäre. Sie fordert die Gewerkschaftskommission auf, bei dem A. D. G. B. alle Schritte zu unternehmen, um gemeinsam mit ihm den Kampf um die revolutionären Forderungen des Proletariats aufzunehmen. Als solche Forderungen werden bezeichnet Kampf gegen den Wucher, für Herabsetzung der Preise, für die volle Aufnahme der Produktion, Beseitigung des Steuerabzugs, Entwaffnung der Orgesch, Bewaffnung der Arbeiter. Da diese Resolution aber doch gerade das Wesentliche, den Kampf um die Sozialisierung, nicht enthielt, wurde weiter eine Resolution angenommen, die sich für die sofortige Sozialisierung, Belebung der Bautätigkeit und sofortigen Abbau der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel ausspricht.

Die Massenkündigungen in den Lazaretten aufgehoben

Die Massenkündigungen in den Lazaretten, die auf Grund einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 8. November 1920 ohne Beachtung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und ohne vorherige Rücksprache mit den Betriebsräten ausgesprochen wurden, sind durch Schiedsspruch des Zentralschlichtungsausschusses für unzulässig erklärt worden. Die Betriebsräte der Lazarette hatten an allen Orten gegen diese Kündigungen bei den zuständigen Schlichtungsausschüssen Einspruch erhoben. Das Reichsarbeitsministerium beantragte darauf die Einberufung eines Zentralschlichtungsausschusses, der am 21. Dezember unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Lucas tagte. Nach eingehender Beratung kam der Schlichtungsausschuß in seiner Mehrheit zu der Ansicht, daß der § 74 des Betriebsrätegesetzes verletzt ist. Es wurde darauf der nachfolgende Schiedsspruch gefällt:

„Das Reichsarbeitsministerium verpflichtet sich, möglichst vor dem 15. Januar 1921, jedenfalls aber unverzüglich nachdem sich der Hauptbetriebsrat gebildet hat, mit dem Hauptbetriebsrat über Art und Umfang der erforderlichen Entlassungen im Sinne des § 74 des Betriebsrätegesetzes in Verhandlungen zu treten, sowie alsbald die nachgeordneten Dienststellen anzuweisen, mit den örtlichen Betriebsräten sich ins Benehmen zu setzen.

Entlassungen von Angestellten und Arbeitern, die auf Grund der Erlasse vom 8. und 20. November 1920 gekündigt worden sind, treten vor dem 15. Februar 1921 nicht in Wirksamkeit. Die betroffenen Angestellten und Arbeiter bleiben bis zu diesem Zeitpunkte im vollen Genuß ihrer Bezüge. Das Reichsarbeitsministerium wird bei den zuständigen Stellen dafür eintreten, daß den zur Entlassung Kommenden die Uebergangsentschädigung nach den bisherigen Bestimmungen gewährt wird. Das Reichsarbeitsministerium wird spätestens am 27. d. M. erklären, ob es diesen Vorschlag annimmt."

Die Arbeitnehmer unterwarfen sich dem Schiedsspruch unter der Bedingung, daß er vollinhaltlich vom Reichsarbeitsministerium anerkannt wird. Nachdem dieses unter dem 27. d. M. die Erklärung abgegeben hat, daß es den Einigungsvorschlag des Zentralschlichtungsausschusses annimmt, hat dieser damit Gültigkeit erlangt.

Fleischergesellen! Der Betrieb des Fleischermeisters Willi Bock, Marktgrafendamm 7, ist wegen Differenzen gesperrt. Herr Bock glaubt sich stark genug, den Verband nicht anerkennen zu müssen und dem Vertreter des Verbandes die Tür weisen zu können. Bei Herrn Bock wird ein Wochenlohn von 130 bis 200 M. bezahlt und die tägliche Arbeitszeit bis zu 12 und 13 Stunden ausgedehnt. Jeder organisierte Kollege hat den Betrieb zu meiden. Zentral-Verband der Fleischer.

Arbeitslose des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: Auszahlung der Weihnachtsunterstützung. Nachzügler, Montag, den 3. Januar 1921, von 10 bis 3 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11 bis 12. Ausgesteuerte. A bis F Dienstag, den 4. Januar 1921, G bis R Mittwoch, 5. Januar, S bis Z Donnerstag, den 6. Januar, von 10 bis 3 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11 bis 12. Die innerhalb dieser Tage nicht abgeholten Unterstützungen können nicht mehr ausgezahlt werden.

Die Gehaltsbewegung an der Staatsoper, von der wir kürzlich berichteten, hat zu eingehenden Verhandlungen der beiden zuständigen Ministerien (Kultus und Finanz) mit den Vertretern des Chorsänger- und Ballettverbandes geführt. Bei diesen Verhandlungen haben die Ministerien bindende Zusicherungen in Bezug auf die Pensionierungen gegeben, während die Mitglieder sich bereit erklärt haben, auf die Anerkennung der Beamteneigenschaft zu verzichten. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes und mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage des Staates haben die Mitglieder sich weiter zu beträchtlichen Zugeständnissen in der Gehaltsfrage bereit erklärt. Unter diesen Umständen besteht starke Hoffnung, daß beide Teile sich in den nächsten Tagen auf einer gemeinschaftlichen Grundlage zusammenfinden werden.

Der Gesamtbetriebsrat der Neukölner Großhandelsgesellschaft sandte uns folgende Erklärung: „Um den in letzter Zeit verschiedentlich aufgetauchten Gerüchten über Nichteinhaltung der achtstündigen Arbeitszeit in den Verkaufsstellen der Neukölner Großhandelsgesellschaft m. b. H. entgegenzutreten, sieht sich der Gesamtbetriebsrat der Neukölner Großhandelsgesellschaft zu der Erklärung veranlaßt, daß die Arbeitszeit unserer Verkäuferinnen derart geregelt ist, daß in keinem Falle eine Ueberschreitung des Achtstundentages vorkommt. Entstanden sind diese Gerüchte dadurch, daß unsere Verkaufsstellen seit einiger Zeit auch während der Mittagsstunden geöffnet sind. Diese Maßnahme der Gesellschaft hat sich aus technischen Gründen ergeben und ist dieselbe im Einvernehmen mit allen Verkäuferinnen und den zuständigen Betriebsräten getroffen worden."

Zum Streit um Siegle. Auf unsere Notiz „Schäbigkeit" in der Morgenausgabe vom 22. Dezember, sendet uns der Genosse Grothe eine Zuschrift, in der er den von uns dargelegten Sachverhalt bestreitet. Er sagt, die in seinem Besitz befindliche handschriftliche Erklärung von Siegle und Zirkel decke sich Wort für Wort mit der im Mitteilungsblatt abgedruckten. Wir haben diese handschriftliche Erklärung eingesehen und danach stimmt diese Angabe des Genossen Grothe. Wir haben die Angelegenheit aber auch weiter geprüft und dabei festgestellt, daß in der von Siegle und Zirkel verfaßten Urschrift der Erklärung die strittigen Worte „durch Annahme dieser statutenwidrigen Wahl" enthalten waren. Die in der Versammlung vorgelegte Erklärung war eine Abschrift, und beim Abschreiben sind diese fünf Worte fortgeblieben. Wir machen darauf aufmerksam, daß in einer bereits in unserer Nummer 525 vom 10. Dezember abgedruckten Zuschrift der Genossen Siegle und Zirkel die Erklärung ebenfalls wiedergegeben wird, und zwar mit diesen fünf Worten. Sonst war also der von Siegle und Zirkel gewünschte Wortlaut in der Tat in den interessierten Kreisen bekannt.

Wir glauben, daß es nicht zweckmäßig ist, diesen Streit, der wirklich nur „ein Streit um Worte" zu sein scheint, in der Presse fortzusetzen. Wir würden es wirklich für zweckmäßig halten, wenn die Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes den von Siegle und Zirkel wie vom Zentralvorstand gemachten Vorschlag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts beitreten würde. Ein solches Schiedsgericht könnte die ganze Angelegenheit des Wechsels in der Berliner Verwaltung mit allen ihren unangenehmen Begleiterscheinungen eingehend untersuchen.

Aus den Organisationen

Neukölln. Frauenleseabend. Donnerstag 7 Uhr bei Dirlick, Weise-, Ecke Mahlower Straße. Vortrag des Genossen Rose.

Vereinskalender

Metallarbeiter-Verband. Die für heute angesagte Sitzung der mittleren Ortsverwaltung findet nicht statt. Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Elternbund, Gruppe Moabit. Donnerstag, 30. Dezember, abends 6 Uhr, in der Aula Zwingliste. 2: Weihnachtsbescherung.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Zur Beerdigung Legiens versammeln sich die Mitglieder vorm. 9½ Uhr am Gewerkschaftshaus. Abt. Lichtenberg stellt die Friedhofswache.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Sonnabend, 1. Januar, Lichtbildervortrag im Vereinslokal, Wollschläger, Adalbertstr. 21. Anfang präzise 8 Uhr. Gäste willkommen.

Schutzverband der Schwerhörigen. Donnerstag, 30. Dezember, abends 7½ Uhr, in der „Neuen Philharmonie", Köpenicker Str. 96, Lichtbildervortrag über „Der deutsche Wald einst und jetzt" (für jeden Schwerhörigen durch den Vielhörer vernehmbar. Eintritt 1,50 M. Gäste willkommen.

Soz. Proletarier-Jugend, Gruppe Osten und Frankfurter Vorstadt. Heute 7½ Uhr gemeinsame Zusammenkunft in der Schule Petersburger Str. 4.

Geschäftliches

Nach Beendigung des Weihnachtsverkaufs bringen die Kleiderwerke Herr Sohn, Chausseestr. 20-23, Kleidungsstücke zum Verkauf, deren Preise als spottbillig bezeichnet werden müssen. Die zu den Sachen verwendeten Stoffe bieten einen besonderen Anreiz. Daneben macht die Firma auf den billigen Verkauf von Gummimänteln in dem heute erschienenen Inserat aufmerksam.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlsruhe. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Der Tag des Proletariats

Ein Chorwerk von Ernst Toller

ist soeben erschienen. Preis 3.— Mark

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

KÖN LINON

Die gute MASSARY Zigarette urteilen Sie selbst!

MASSARY

BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!

Spezial-Arzt Dr. Zaffé für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spez. chron. Hornheid. u. Ausflüsse, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heilanst. „Löser", nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat **Dir. O. Löser, Münzstr. 9**

Spezial-Arzt Dr. Skotte für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Mannesschwäche, Syphilis-Nachweis in allen u. zweifelhaften Fällen durch Blutuntersuchung. Komb. Neu u. Silber-Salvarsan-Kuren. Separates Damenzimmer. **Dir.: A. Löser sen.** Im Ältesten Kurinstitut „Löser" gegr. 9—1, 4—8. Sog. 9—1. **Nur Rosenthalerstr. 69-70** Rosenthaler Platz.

Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Frauenleid., Syphilis, Salvarsan-Kuren Blutuntersuchung, Mannesschwäche. Damen separat. Dr. med. Lommers Ambulatorium, 10—1, 4—7½, Sonntags 10—12 **Brunnenstr. 185** (zwisch. Rosenthaler Platz und Invalidenstraße).

Zinn! Lötzinn! Weichmetall! Blei! f. Spezialgebr.! Kupfer! Messing! Nickel! Aluminium! Zink! Salpeters. Silber! Quecksilber! Stanniolpapier! Flaschenkapseln! Bindestrumpfsäcke 11 bis 160.— kauft **Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.** (Sonntg. v. außerhalb werden prompt erledigt.) Zahnplomben, Zähne bis 100.— Platinabfälle! Goldkronen bis 40.— Silberkronen bis 1.20 nach Kurs

Ein unentbehrliches Notizbuch ist der **U. S. P. D. Taschenkalender 1921**

Gut gebunden 4.— Mark

Buchhandlung „Freiheit" Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Alte Gebisse auch einzelne Zähne Stück 6—200 Mark. **Kupfer** Messing Blei und Zink Platin, Gold, Silberbruch und Quecksilber kauft zu Tagespreisen **Scharf & Schmidt, Elsasser Str. 78** Ecke Ackerstr.

Kupfer Messing, Zinn usw. Quecksilber, Zahngebisse Platin-, Gold-, Silberbruch kauft **Brunnenstr. 11 Beusselstr. 29 Fennstr. 48 Weidenweg 72**

Metall-ankaufsstelle Osten Grüner Weg 60 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei Zink usw.**

ANRUFEN Humboldt 3302 u. Königst. 6701 oder anfragen was es für **KUPFER Rotguß Messing** Anrufen Humb. 3302 Blei, Zinn, Zink usw. gibt Metallverwertung Weißenburger Straße 11, Strasburger Str. 24, n. d. Frkf., Königsberger Straße 121 a, Reinickendorfer Straße 107, Gipsstraße 10, vorn 1 Treppe, Lothringer Str. 47, n. l. Keller

Metall-Großhandlung kauft jeden Posten **Altmetalle und Eisen Zinn u. Lagermetall** von Händl. u. Handwerkern Gerlach & Voigt Dresdenerstr. 13/14 Kgl. 12523

Damenwäsche repariert Sara Steinberger Straße 7.

Kassenschränke schwarzes, schnell und sicherst. durch Pyrobitum sicher bewährte kostenlose Anwendung. M. 10,-. **Otto Kelchel,** Berlin 48 Lützowstraße 47.

Die **Neukölner Metall-Einkaufs-Zentrale** Rottbuser Damm 66, am Hermannplatz, kauft **Kupfer, Messing, Blei, Zink. Altmetalle kauft Lychener Str. 5** an der Hochbahn Danziger Str. **Altmetalle** kauft **1 Oderberger Straße 1** Ecke Schönhauser Allee.

Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemegkstraße 10.

Geschlechts-krankheiten heilen, wenn alles andere versagte, nachweisbar nach Hilfe im **Naturas** Institut (ärztliche Leitung), Blücherplatz 3. (Hallesch. Tor) 10-1, 4—8, Sonnt. 11—1. Damensprechzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für M. 2.00 im verschloss. Umschlag ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Sanitätsrat Dr. Wegscheiders **Brust-Tee** sowie **Tropfen u. Pastillen** nach Orig.-Vorschr. gegen **Husten, Asthma u. Lungenleiden** ½ Kur 16.50, ¼ Kur 24.— **Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 101** Leipziger Straße 74 (Dönhoffpl.)